

BULLETIN

NUMMER 1 | MÄRZ 2026



- * 6 Kantonsrat – Krebsvorsorge: Endlich! *
- * 7 Kantonsrat – Mehr als heimelig *
- * 10 Iran – Zug und das Mullah-Regime *
- * 14 Wahlen – Aussichtsreicher Kandidat *
- * 21 Abstimmung – Roter Teppich *

2 Inhaltsverzeichnis

3 Editorial

Nein zur Chaos-Initiative

4 Junge Alternative

Jugend, verloren im Krieg

5 Nationalrat

Gleiches Recht für alle Opfer

6 Kantonsrat

Krebsvorsorge: Endlich!

7 Kantonsrat

Mehr als heimelig

8 Stadt Zug

Metalli – wie weiter?

10 Iran

Zug und das Mullah-Regime

12 Völkerrecht

Zerstörung im vollen Gang

14 Wahlen

Aussichtsreicher Kandidat

18 Wohnen

Bezahlbar für alle

19 Ukraine

Mahnwache

20 Abstimmung

Zivildienst retten

21 Abstimmung

Roter Teppich

22 Migration

10 Jahre im Einsatz

24 Grünspecht

Wir sind alle so nett

25 Gestreift

26 Service

Kino

Adressen

Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Cham

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grüne Hünenberg

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäusserung.

Redaktion und Herausgeberverein

«Das BULLETIN»

Titelbild

«Gömmmer Metall!» Ob das so bleibt oder ob das Metall schon bald eine grosse Baustelle sein wird, entscheidet das Stimmvolk der Stadt Zug voraussichtlich am 14. Juni 2026.

Nein zur Chaos-Initiative

Lisa Mazzone, Präsidentin der Grünen Schweiz

Die Welt mit Präsident Trump ist noch einmal erschreckender. Rassismus, Frauenfeindlichkeit oder Transphobie sind Staatsprogramm; die alltägliche Gewalt gegen Teile der Gesellschaft wird normalisiert. Trump diktiert auch auf internationaler Bühne: Sein Imperialismus bedeutet wiederholte Verletzungen des Völkerrechts, Bomben und das Gesetz der Stärkeren. Sein Rennen um Öl und andere Ressourcen zeigt einmal mehr, wie die fossilen Energien eine Gefahr für die Bevölkerung der ganzen Welt sind.

Und wer in der Schweiz «tendiert zu Trump»? Albert Rösti, wie er an einem Anlass vor der US-Wahl gesagt hatte. Er ist nicht der Einzige in der SVP, der trotz Trumps Erpressung gegenüber der Schweiz immer noch viel Verständnis für dessen Politik äussert und so rasch wie möglich ein Abkommen um jeden Preis mit ihm abschliessen will.

Wer hätte im Januar vor einem Jahr gedacht, dass wir heute hier stehen würden? Dass Karin Keller-Sutter Trumps Vizepräsidenten loben würde, nachdem dieser die liberalen Demokratien provokativ angegriffen hatte? Dass wir bereit wären, Chlorthühner und Monstertrucks zuzulassen, während wir unsere digitale Souveränität noch weiter abgeben?

«Man muss immer sagen, was man sieht. Vor allem aber, und das ist das Schwierigere, muss man immer sehen, was man sieht», hat der französische Schriftsteller Charles Péguy gesagt. Das ist genau unsere Rolle als Grüne: die Werte der Demokratie, der universellen Grundrechte sowie der Rechtsstaatlichkeit konsequent zu verteidigen. Jede Verletzung eines dieser Prinzipien

anzuprangern, da damit immer die Menschlichkeit bedroht und das Leben von Menschen konkret gefährdet wird. Ebenfalls gibt es keine Zukunft mit fossilen Energien, die unsere Sicherheit heute und morgen gefährden.

*Die Diskussion um die Chaos-Initiative findet in diesem Kontext statt. Der Vorschlag der SVP greift direkt die Rechte der Ausländer*innen in der Schweiz an und zuerst die Schwächsten, die Schutzbedürftigen, die aus ihrem Land fliehen mussten. Das Ziel der Initiative ist die Abschaffung des Asylrechts und die Wiedereinführung des Saisonier-Statuts. Das Muster: Ab 9,5 Millionen Personen in der Schweiz soll der Familiennachzug abgeschafft werden und nur Menschen, die über zwölf Monate in der Schweiz bleiben, zählen zur ständigen Wohnbevölkerung. 1965 sagte Max Frisch: «Wir riefen Arbeitskräfte und es kamen Menschen.» Inzwischen und mit der Einführung der bilateralen Verträge mit der EU hat man anerkannt, dass die Menschen, die in die Schweiz arbeiten kommen, auch Teil unserer Gesellschaft sind und entsprechende Rechte haben. Schluss mit Schrankkindern, die nicht in die Schule dürfen, oder mit den ungesunden und engen Unterkünften für die Saisoniers. Diese Bilder mögen dramatisch klingen, aber sie übersetzen, wozu der Text der SVP-Initiative führen würde. Und ein Blick in die USA, aber auch auf die Vorschläge von rechtsextremen Parteien in Frankreich oder in Deutschland zeigen, dass dies keine Fantasie ist, sondern dass Errungenschaften hart verteidigt werden müssen.*

Die gute Nachricht: Nach dem klaren Nein zur Anti-SRG-Initiative können wir im Juni die SVP



noch einmal isolieren und diese Initiative verwerfen. Diese zwei Erfolge nacheinander werden ein wichtiges Zeichen für unser Land sein: Hass, Ausschluss und Diskriminierungen aufgrund der Herkunft haben keinen Platz in der Schweiz. Diese Botschaft muss auch bei den Bürgerlichen ankommen.

*Dafür braucht es die volle Mobilisierung der grünen Kräfte. Laut Umfragen sind die Grünen dezidiert gegen diese gefährliche Initiative. Jetzt müssen wir alle abstimmen gehen und unsere Kolleg*innen, Bekannten, Nachbar*innen und alle, die die SVP stoppen wollen, gleich mitnehmen. Ich freue mich, in den nächsten drei Monaten diese wichtige Kampagne mit euch zu führen. Und noch einmal feiern zu können! Um wieder Hoffnung zu spüren. ■*

Jugend, verloren im Krieg

Simeo Betschart, Junge Alternative Kanton Zug

4 Wie wurde aus der Generation Frieden eine Generation Trauma? Dieser Frage geht unser Autor im folgenden Text nach. In einem weiteren Artikel im nächsten BULLETIN geht er auf die Schlussfrage ein.

Stell dir vor, du wachst auf. Es ist 2017, du bist 7, gehst in die 1. Klasse und kommst von der Schule nach Hause. Du hörst deine Eltern mit deinen Grosseltern über den Mauerfall sprechen. Sie diskutieren über den Kalten Krieg, aber du verstehst nichts. Du wachst auf im Glauben, du gehörst

Glück verstehst du nicht, welche reale Gefahr herrscht. Doch du versuchst dir zu erklären, wieso deine nette Nachbarin dich auf einmal nur noch böse anschaut. In der Dose, in die sie früher Kekse zum Mitnehmen legte, liegt ein Zettel: «Impf-Terroristen». Aber du verstehst es nicht.



Das Werk der Sozialistin Rosa Luxemburg, deren Frage im Artikel aufgegriffen wurde. Im nächsten BULLETIN geht der Autor näher darauf ein.

zu den Auserwählten, von Kriegen wird unsere Generation nichts erleben, denkst du. Die Liberalisierung ist auf dem Vormarsch, es entsteht schon fast die Idylle, den Kapitalismus könne man «gut» machen.

Doch dann kommt Corona. Du erfährst als Viertklässler*in, wie Freundschaften zerbrechen, wie die Menschen völlig am Rand der Belastung sind. Zum

Doch dem ist nicht genug. Du bist 12 und auf einmal hörst du: ein Krieg offen in Europa. Du kannst es nicht einschätzen, liest aber heimlich Zeitung, schaut auf das Handy, das offen auf dem Tisch liegt, Videos von Bomben, die fallen. Nachts liegst du heulend im Bett und verstehst nicht: Eine Welt bricht zusammen.

Die Idylle ist tot. Die Welt, die dir die Erwachsenen versprochen, liegt in Stücken vor dir.

Und jetzt, ja jetzt, gibt es tatsächlich Personen, die fragen: Was stimmt mit der späten Gen Z nicht? Wieso ist diese Generation so politisch gespalten? Wieso sehnen sich Gen-Z-Personen* nach Führung? Wieso haben laut Studien Gen-Z-Personen* patriarchalischere Weltanschauungen als die Boomer? Wie wurde aus der Generation Frieden eine Generation Trauma?

Die späte Gen Z gehört zu einer Generation, die gerade noch in einer jungen Jugend steckte, als sich die «Zeiten» in Europa änderten. Wir waren zu jung, um es einzuordnen, aber alt genug, um zu verstehen. Dies zog vielen Menschen das Fundament unter den Füßen weg. Sie wurden gezwungen, etwas einzuordnen, was sie nicht konnten. Das ist, als würde man versuchen, ein Karten-

haus auf der Oberflächenspannung von Wasser zu bauen, nur dass das Wasser ständig Wellen schlägt.

Diese subjektive Wahrnehmung lässt sich auch objektiv bestätigen. So belegen Studien des Instituts für Generationenforschung wie auch die Studie «Jugend in Deutschland», die die Gen Z als Krisengeneration beschreibt, dass die Gen Z unter viel stärkeren psychischen Belastungen, Selbstzweifeln oder Unsicherheiten leidet und sich somit auch unter autoritären Phänomenen wie jungen rechten Gruppierungen gut aufgehoben fühlen kann. So kommt es dazu, dass eine Studie der TUI-Stiftung herausfand, dass sich 21 Prozent der Generation eine autoritäre Regierung wünschen.

Man könnte hier noch zig Studien und Metaanalysen aufzählen, das würde allerdings nichts ändern. Was viel interessanter dabei ist: Es bilden sich vermehrt auch neue linke Gruppierungen oder sie schiessen gar aus dem Boden. Beachtenswert ist, dass dies häufig klar systemablehnende linke Gruppierungen sind, wie die RKP, der Funke, jegliche ML-Gruppen bis hin zur Roten Jugend.

Man müsste sich als alternative linke Partei in der Tradition von Rosa Luxemburg fragen, ob sich in der Gen Z gerade eine historische Frage stellt: «Barbarei oder Sozialismus?». ■

Gleiches Recht für alle Opfer

Manuela Weichelt, Nationalrätin Kanton Zug

Warum Sonderlösungen dem Opferhilfegesetz schaden: Die Tragödie von Crans-Montana hat eine berechtigte Welle der Solidarität ausgelöst. Doch gut gemeinte Sonderlösungen drohen einen verfassungsrechtlichen Grundsatz zu untergraben, nämlich die Gleichbehandlung aller Opfer.

Jedes Opfer, das durch eine Straftat in der Schweiz körperlich, psychisch oder sexuell verletzt wird, hat Anspruch auf Unterstützung. Das Gleiche gilt auch für Angehörige. Das ist richtig, wichtig und notwendig. Mein Mitgefühl gilt allen Betroffenen und ihren Familien. Als Überlebende des Attentats auf das Zuger Kantonsparlament fühle ich bei jeder neuen Tragödie besonders mit; auch bei Crans-Montana.

Opfer verdienen Mitgefühl. Der Rechtsstaat schuldet ihnen jedoch mehr als Anteilnahme, nämlich Gleichbehandlung. Genau dieser Grundsatz gerät ins Wanken, wenn das Parlament im Fall von Crans-Montana ausnahmsweise und im dringlichen Verfahren Solidaritätsbeiträge an die Opfer leisten will. Wo der politische Reflex einsetzt, einzelne Opfer gesondert zu behandeln, beginnt die Aushöhlung der Rechtsgleichheit.

Verfassungsgrundsatz

Die Rechtsgleichheit ist ein tragender Verfassungsgrundsatz. Sie gilt auch für Opfer. Dennoch droht im aktuellen politischen Diskurs eine implizite Hierarchisierung des Leids. Dabei wird ausgeblendet, dass alle Opfer von Straftaten leiden – unabhängig davon, ob es sich um einen Brand im Wallis, ein Attentat in Zug, einen Anschlag in Nizza oder einen Femizid handelt.

Das Opferhilfegesetz ist kein schlechtes Gesetz, jedoch ein unvollkommenes. Es sieht Beratung, Soforthilfe, längerfristige Unterstützung, Kostenbeiträge, Entschädigungen und Genugtuung vor. Kostenbeiträge für längerfristige Hilfe sind einkommensabhängig; einzig die Genugtuung wird unabhängig von den finanziellen Verhältnissen ausbezahlt. Dabei

folgt das Gesetz dem föderalistischen Subsidiaritätsprinzip. Zuständig sind primär die Kantone. Erst bei ausserordentlich hohen Belastungen kann sich der Bund beteiligen. Ob diese Schwelle im Wallis erreicht ist, darf hinterfragt werden. So erhält das Wallis CHF 108 Mio. von der Nationalbank, viel mehr als erwartet und Crans-Montana genehmigte CHF 30 Mio. für die Ski-WM 2027.



Nationalrätin Weichelt setzt sich für Opferrechte ein.

Die Schwächen des Gesetzes liegen offen zutage. Die Genugtuung wurde auf CHF 76 000 pro Opfer und 38 000 für Angehörige plafoniert. Völlig ausgeblendet bleiben zudem kollaterale Opfer. Als am 1. Januar innerhalb von Stunden Intensivplätze für Brandopfer geschaffen wurden, mussten Kinder in andere Spitäler verlegt werden – fernab ihrer Familien. Für solche Folgen kennt das Opferhilfegesetz keine Antworten.

Crans-Montana zeigt, wo das Opferhilfegesetz angepasst werden muss. In der Pandemie hat das Parlament

bewiesen, dass dringliche Gesetzesrevisionen möglich sind. Eine rasche, sachliche Überarbeitung des Opferhilfegesetzes zugunsten aller Betroffenen wäre der richtige Weg. Eine Lex Crans-Montana hingegen nicht. Pauschale Bundeszahlungen von CHF 50 000 pro Opfer folgen dem Giesskannenprinzip und setzen ein problematisches Signal gegenüber allen anderen Opfern von Straftaten.

Solidarität ist wichtig. Rechtsgleichheit ist unverzichtbar. Wer beides vermischt, schadet den Opfern – allen. Fazit: Die Gleichbehandlung aller Opfer ist zentral. Ich setze mich für eine sofortige Revision des Opferhilfe-

gesetzes für ALLE ein. Mein NEIN zur Vorlage ist ein NEIN zu einer Lex Crans-Montana und ein JA für alle Opfer. ■

Nachtrag

Dass nur 9 Tage nach meiner Kolumne in der «NZZ am Sonntag» der Postautobrand in Kerzers mit Brandopfern die Problematik der Zweiklassenopfergesellschaft vor Augen führte, erschütterte mich.

Krebsvorsorge: Endlich!

Luzian Franzini, Kantonsrat Alternative – die Grünen Zug

6 Dank der Arbeit der ALG führt der Kanton Zug endlich ein Brust- und Darmkrebs-Vorsorgeprogramm ein. Denn Prävention darf keine Frage des Portemonnaies sein.

Es ist allgemein bekannt: Je früher Tumore erkannt werden, umso besser sind die Heilungschancen und umso weniger drastisch fällt die Therapie aus. Entsprechend sind in den letzten Jahren in 19 Kantonen kantonale Vorsorgeprogramme eingeführt worden.

Drei Hauptargumente führten wir gegenüber Kantons- und Regierungsrat ins Feld: Erstens der wissenschaftlich belegte, gesundheitliche Nutzen. Eine brandaktuelle Studie aus einem führenden Spital in Luzern hat über 21 000 Fälle verglichen, und das



Brustkrebs ist die häufigste Krebsart bei Frauen. Bislang müssen Zuger:innen diese Kosten über die eigene Franchise und den Selbstbehalt decken.

Doch ausgerechnet der reiche Kanton Zug focht sich bisher darum. Um diese Lücke in unserer Gesundheitsversorgung zu schliessen, habe ich im Januar 2025 eine entsprechende Motion im Kantonsrat eingereicht. Der Vorstoss forderte, dass der Kanton Zug ein Screeningprogramm gegen Darmkrebs und eines gegen Brustkrebs einführt.

Dieses Anliegen war von Beginn an kein Soloprojekt, und ich erhielt Unterstützung durch Mitunterzeichnende von allen Parteien bis auf die SVP. Gemeinsam waren wir der festen Überzeugung, dass die Zuger Bevölkerung denselben Standard an präventiver Gesundheitsversorgung verdient wie die Menschen in der grossen Mehrheit der anderen Kantone – von der Zentralschweiz bis in die grossen urbanen Zentren.

Resultat war eindeutig: Tumore, die in einem organisierten Screeningprogramm entdeckt werden, sind im Durchschnitt kleiner und haben seltener gestreut. Das bedeutet für betroffene Frauen und Männer ganz konkret schonendere Behandlungen, weniger Mastektomien, weniger aggressive Chemotherapien und vor allem bessere Heilungschancen.

Chance für frühe Diagnose

Zweitens geht es uns um die soziale Gerechtigkeit. Die bisherige Situation war ein «unkoordinierter Wildwuchs», der eine Zweiklassenmedizin förderte. Ein strukturiertes kantonales Programm hingegen garantiert eine einheitliche, hohe Qualitätssicherung und eine transparente, ehrliche Aufklärung über Nutzen und Risiken. Vor allem aber schafft es einen fairen

Zugang für alle Bevölkerungsschichten, unabhängig vom Einkommen oder Bildungsstand. Denn ohne Screeningprogramm müssen Zuger:innen diese Kosten bisher über die eigene Franchise und den Selbstbehalt decken. Drittens, und das ist in politischen Debatten oft entscheidend, ist Prävention auch ökonomisch vernünftig. Die Investition in Früherkennung ist nachweislich günstiger als die Behandlung von fortgeschrittenen, komplexen Krankheitsverläufen, die das Gesundheitssystem und damit die Prämienzahler:innen ungleich stärker belasten.

Der Regierungsrat schlug vor, die Motion nur teilweise erheblich zu erklären – also das Darmkrebs-Screening einzuführen, aber beim Brustkrebs-Screening, der häufigsten Krebsart bei Frauen, abzuwarten. Eine solche Verzögerung hätte reale, negative Folgen gehabt. Es hätte mindestens zwei weitere Jahre bedeutet, in denen Tumore im Kanton Zug potenziell zu spät entdeckt worden wären. Doch glücklicherweise obsiegte unsere Variante.

Natürlich mache ich mir keine Illusionen: Dieser Beschluss wird den Krebs nicht aus der Welt schaffen. Zuger:innen werden weiterhin von solchen Schicksalsschlägen getroffen werden. Aber mit diesem Screening wird der eine oder andere dieser Schicksalsschläge weniger brutal ausfallen. Wir geben Menschen eine bessere Chance auf eine frühere Diagnose und eine erträglichere Therapie. Dieses Ergebnis ist ein Erfolg für die Sache und vor allem ein Gewinn für die Gesundheit der Menschen im Kanton Zug. ■

Mehr als heimelig

Anne Hänel, Kantonsrätin Alternative – die Grünen Cham

Der Holzbau hat im Kanton Zug Tradition: Die ältesten erhaltenen Blockbauten im Kanton stammen aus dem 15. Jahrhundert und wurden hauptsächlich in den Berggemeinden erstellt. Für diese Bauweise benötigte man viel Holz und man findet sie deshalb in den walddreichen, erhöhten Lagen. Als Holzingenieurin setze ich mich im Kantonsrat für den Holzbau ein.

In der Stadt Zug war im 14.–16. Jahrhundert die Bohlen-Ständerbauweise verbreitet. Diese Konstruktion besteht aus stabilen Ständern mit variablen Zwischenteilen, auch hier wurde der Werkstoff Holz schon damals effizient genutzt.

Auch bei zeitgenössischen Bauten ist Zug vorne dabei beim Holzbau: So war das Mehrfamilienhaus «Holzhausen» in Steinhausen 2006 das erste sechsstöckige Wohnhaus in Holz in der Schweiz. Überhaupt erst möglich wurde es damals durch die Einführung der Brandschutznormen 2005. Seitdem hat sich viel getan und weitere, grössere Projekte entstanden. 2018 wurde mit der Suurstoffi 22 in Rotkreuz das erste Holzhochhaus der Schweiz fertiggestellt. Es handelt sich um ein zehnstöckiges Holz-Hybridgebäude mit Baukörpern bis 36 Metern Höhe. Entscheidend war auch hier eine Anpassung der Brandschutzvorschriften im Jahr 2015, die den Bau von Holz- und Hybridbauten von über 22 Metern Höhe ermöglichte.

Ein Holzprojekt der besonderen Art ist der 350 Meter lange Schlaufensteg, welcher die Baarer Gebiete «Buebeunte» und «Vogelwinkel» mit faszinierenden Treppen und Stegen verbindet. Die Stege mit ihren Aussichtsplattformen wurden mit einheimischem Holz gebaut und ermöglichen ein naturnahes Erlebnis und ganz neue Blicke auf den Wald.

Holz heisst Klimaschutz

Holz ist nicht nur ein Baustoff, er leistet auch einen grossen Beitrag zum Klimaschutz. Wenn wir Wald bewirtschaften und Holz aktiv nutzen, ergibt das die sogenannte 3S-Wirkung – Substitution, Senke, Speicher –, welche die Klimaleistung vervielfacht.

Substitution: Die grösste Klimawirkung entsteht, wenn Holz dort eingesetzt wird, wo ansonsten fossile Energieträger verwendet oder wo Beton und Stahl verbaut werden. Die Produktion dieser Baustoffe ver-



Ein besonders gelungenes Holzprojekt ist der Schlaufensteg in Baar, der aus einheimischem Holz gebaut wurde.

ursacht enorme CO₂-Mengen. Holz hingegen wächst mit Sonnenenergie in den Wäldern vor unserer Haustür, ist erneuerbar und benötigt in der Verarbeitung deutlich weniger Energie. Jede Tonne verbautes Holz spart bis zu zwei Tonnen CO₂. Klima-

schutz beginnt beim Entwurf, der Planung, dem Einsatz der richtigen Materialien.

Senke: Bäume entziehen der Atmosphäre CO₂ und speichern es im Holz. Je aktiver ein Wald bewirtschaftet wird, desto stärker funktioniert die Senkenleistung. Ein gut gepflegter Wald bleibt vital, regeneriert sich schnell und speichert langfristig mehr Kohlenstoff. Überalterte, geschwächte Wälder binden weniger CO₂ und sind anfälliger für Stürme, Trockenheit

und Schädlinge. Richtige Urwälder sind jedoch sehr wichtig für die Biodiversität, da sie einen vielfältigen Lebensraum für Pflanzen und Tiere bieten. Beide Waldtypen haben somit ihre Vorteile.

Speicher: Holzprodukte lagern CO₂ für Jahrzehnte oder länger. Das CO₂, das ein Baum aufgenommen hat, bleibt auch im verbauten Zustand gespeichert. Ein Holz-Mehrfamilienhaus kann mehrere hundert Tonnen CO₂ binden – je nach Grösse und Bauweise.

Der Blick in die Geschichte zeigt: Holz prägt den Kanton Zug seit Jahrhunderten. Der Blick in die Zukunft zeigt: Dieser Baustoff ist aktueller denn je. Ob mittelalterliche Blockbauten, frühe Ständerkonstruktionen, moderne Hochhäuser oder filigrane Stege im Baarer Wald: Holz verbindet Tradition mit Innovation und Klimaschutz mit Lebensqualität. Als Holz-

ingenieurin setze ich mich deshalb im Kantonsrat mit Überzeugung für den Holzbau und eine klimafreundliche Zukunft ein. ■

Metalli – wie weiter?

Stefan Hodel, Co-Präsident ALG Stadt Zug

8 **Das Metalli-Areal soll in den nächsten Jahren umgestaltet werden. Wie gross wird der Eingriff werden, was soll abgerissen werden, wo wird aufgestockt? Wird das mittlerweile vertraute Erscheinungsbild verschwinden?**

Während mehr als 60 Jahren hatte die markante Fassade der damaligen Metallwarenfabrik das Bild der Stadt östlich des Bahnhofs geprägt. Nachdem die industrielle Produktion weiter in den Norden der Stadt, in die V-Zug, verlagert worden war, stellte sich die Frage, was mit dem Areal nun geschehen soll. Der Bebauungsplan Metalli/Bergli (Abstimmung vom 27.02.1983) sollte den Weg frei machen für eine völlige Umgestaltung.



Ein Flyer aus dem Jahre 1983. Schon damals war das Metalli umstritten.

Ein überparteiliches Komitee wollte dies verhindern. Man forderte den Bau von Wohnungen und wollte kein «Mammutprojekt» mit «Shopping-Center» und vielen Büroarbeitsplätzen. Der Bebauungsplan wurde jedoch vom Zuger Stimmvolk angenommen. Der Weg war frei für das «Metalli», wie wir es heute kennen. Zeitzeugen erinnern sich an das riesige Loch, das sich ab 1983 hier auftat. Mit dem

sauberen Aushubmaterial wurde der Badeplatz im Brüggli geschaffen. Als gegenüber dem Restaurant Bären der Rohbau bereits stand, organisierten linke Politiker*innen eine Kundgebung. Man war betrübt über die verpasste Chance, hier Wohnungen zu bauen und einen kleinen Stadtpark zu schaffen.

Das Metalli gehört nun seit 40 Jahren zum Stadtbild. Ist es jetzt wirklich bereits wieder an der Zeit, mit dem Abbruchhammer aufzufahren? Es kann doch nicht sein, dass nach so kurzer Zeit bestehende Bausubstanz bereits wieder abgebrochen werden soll!

Was soll abgebrochen werden?

Knapp die Hälfte des Gebäudes entlang der Baarerstrasse ist vom Rückbau betroffen. Ganz verschwinden wird der nördliche Teil. In der Mitte, gegenüber dem Bahnhof, soll ein Stadtplatz entstehen. Im südlichen Teil des Gebäudes entlang der Baarerstrasse werden die oberen Stockwerke abgebrochen. Verschwinden wird der Platz vor dem historischen Restaurant Bären, hier soll ein Hochhaus entstehen. Das vertraute Erscheinungsbild entlang der Baarerstrasse wird somit völlig verschwinden. Wird jedoch das Areal als Ganzes betrachtet, kann festgestellt werden, dass gemäss den Bauherren 85 Prozent der bestehenden Bausubstanz erhalten wird. Der Umbau kann also nicht mit dem Totalabbruch in den 1980er-Jahren verglichen werden.

Wo wird aufgestockt?

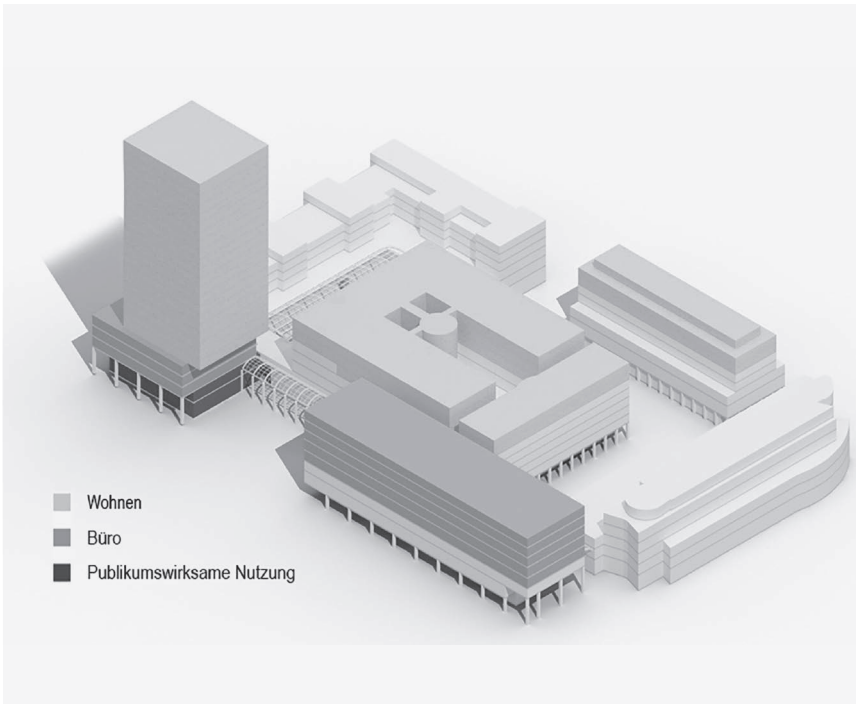
Nicht höher werden die Gebäude an der Ecke Metallstrasse/Industriestrasse und das Gebäude der UBS. Alle anderen Gebäude sollen um einige Meter aufgestockt werden. Sehr

markant ist die Erhöhung, wie bereits erwähnt, beim Restaurant Bären. Das Hochhaus soll hier 80 Meter in die Höhe ragen und damit das erste Hochhaus der Stadt, den 1966 vollendeten Glashof (47 Meter hoch), deutlich überragen.

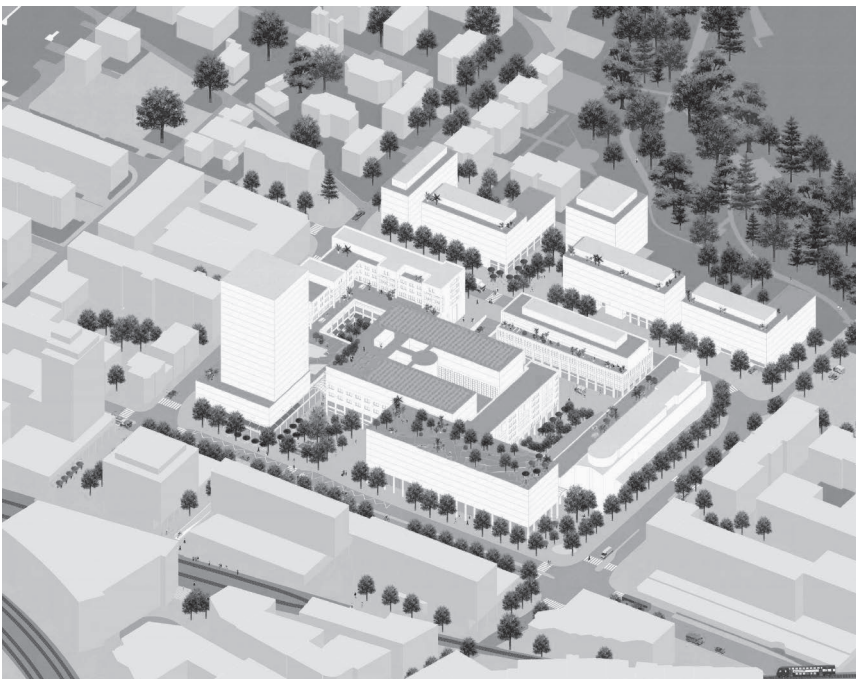
Der Zuger Heimatschutz und Mitglieder des Bauforums Zug sind gegen den Bebauungsplan. Das Referendumskomitee besteht aus vier älteren Herren. Sie schreiben, dass ein wichtiger Zeitzeuge der Postmoderne verschwinden wird. Es handle sich um eine eklatante städtebauliche Fehlentwicklung. Deshalb haben sie gegen den Bebauungsplan das Referendum ergriffen. Dieses ist rechtzeitig zu Stande gekommen. Im Sommer 2026 werden die Stimmberechtigten der Stadt Zug über den Bebauungsplan abstimmen können.

Was spricht für den Umbau?

Das Zuger Stadtparlament hat dem Bebauungsplan mit nur einer Gegenstimme zugestimmt. Was hat die Mitglieder des Grossen Gemeinderates (GGR) dazu bewogen? Ein wichtiger Grund sind die 130 zusätzlichen Wohnungen, die auf dem Areal entstehen sollen. Davon werden 64 Wohnungen preisgünstig vermietet werden. Es wird hier also Wohnraum geschaffen, ohne den Bau von zusätzlichen Parkplätzen, ohne dass Grünflächen verschwinden. Die glasüberdachte Allee und der Innenhof bleiben bestehen. «Metalli-Monster: Nein Danke», mit diesen Schlagworten warb ein überparteiliches Metalli-Komitee im Jahre 1983 erfolglos gegen den Bebauungsplan. Die Metalli gehört nun seit langem zum vertrauten Erscheinungsbild der Stadt. Wird die Besitzerin des Areals, die Firma Zug Estates Holding AG, ihre Pläne umsetzen können? Die Stimmberechtigten der Stadt Zug werden im Juni die Möglichkeit haben, darüber zu entscheiden. ■



Volumenmodell des neuen Bebauungsplans. (Quelle: www.ig-metalli.ch)



Visualisierung des gesamten Metalli-Areals. (Quelle: www.ig-metalli.ch)



Kanti-Auszeit im Metalli: Schüler*innen geniessen den Sonnenschein.



Das Metalli zwischen Tradition und Neubau.



Umstritten ist das Hochhaus, welches neben dem Eingangsbereich zu stehen kommt.



Der UBS-Vorplatz: Von Kunst bis Sushi, ein Ort voller Vielfalt.

Zug und das Mullah-Regime

Josef Lang

10

Zuger Firmen wie Marc Rich, Glencore, Rio Tinto Zink, Crypto standen in den Diensten der iranischen Mullahs. Und sie waren mit bürgerlichen Politikern und Anwälten verbunden.

Als die New Yorker Staatsanwaltschaft im September 1983 gegen Marc Rich wegen 51 Delikten einen Strafantrag von 325 Jahren Gefängnis stellte, lautete der wichtigste Anklagepunkt: «Handel mit dem Feind.» Damit war der Iran gemeint, gegen den die USA 1979 seit der Entmachtung des Schahs ein Handelsembargo verhängt hatte.

Marc Rich und die Geiselauffäre

Selbst während der Geiselnahme von 52 Diplomaten in der Teheraner US-Botschaft vom November 1979 bis in den Januar 1981 durch iranische Student:innen kaufte und verkaufte die Marc Rich + Co AG iranisches Öl. Die von Ayatollah Khomeini unterstützte Besetzungsaktion, mit der an die Entmachtung des demokratisch gewählten Premierministers Mohammed Mossadegh im Sommer 1953 erinnert wurde, verlangte die Auslieferung des in die USA geflüchteten Schahs Reza Pahlavi. Die Demütigung, die die USA damals erlitt, hatte zur Folge, dass Präsident Jimmy Carter im November 1980 die Wiederwahl deutlich verpasste – zugunsten von Ronald Reagan.

Man kann sich vorstellen, wie dieser Anklagepunkt gegen Marc Rich knapp drei Jahre später in der US-Öffentlichkeit eingeschlagen hat. Rich verteidigte seine höchst einträgliche Geschäftsbeziehung mit dem Mullah-Regime mit zwei Hauptargumenten: Ich bin zwar US-Amerikaner, aber der Konzern Marc Rich + Co ist zugerisch-schweizerisch. Und: «I don't do politics, i do business.»

Glencore-Aluminium für das Atomprogramm

Es war vor allem der Iran, der die 1974 in Zug gegründete Marc Rich AG noch unter dem Schah zum «King of Oil» gemacht hatte. 1980 hatte die Firma

bereits einen Umsatz von 15 Milliarden Dollar. Noch stärker verbunden mit der Schah-Diktatur war Marc Richs engster Compagnon Pincus Green. «Pinky», der 2004 in Walchwil eingebürgert wurde, hatte laut der Marc-Rich-Biografie von Daniel Ammann (Orell Füssli 2010) nach der Pensionierung seinem Family Office einen Farsi-Namen gegeben: Yeshil Management AG. Yeshil ist das persische Wort für «Grün» (Green). Das profitabelste Geschäft der Marc Rich AG in den 1980er-Jahren, die Belieferung des Apartheidstaates Südafrika mit Öl, hatte der Zuger Konzern vom Schah von Persien übernommen.

Zuger Firma liefert Uran in den Iran

Eine Rohstofffirma, die kürzlich im Zusammenhang mit der Glencore häufig genannt wurde, hatte im Juni 1987 einen noch grösseren Skandal provoziert. Die Rio Tinto Zink (RTZ) Mineral Services Ltd., die damals in der Neustadt-Passage domiziliert war, hatte das Mullah-Regime mit Uran aus Namibia versorgt. Ich machte den Fall damals bekannt, und zwar in der «Bresche», dem Organ der kurz vor ihrer Auflösung stehenden Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP).

Unter der Spitzmarke «Hilft Zuger Finanzplatz beim Aufbau einer Atom-macht?» war im Lead zu lesen: «Dieser jüngste Skandal ist in vierfacher Hinsicht brisant: Erstens verbietet die UNO, Rohstoffe aus Namibia zu liefern und zu beziehen. Zweitens boykottiert der Iran offiziell Südafrika. Drittens



Das erwähnte Original aus dem Jahr 1987.

Die Marc Rich AG blieb bis zur Änderung des Namens in Glencore 1994 Geschäftspartner der Mullahs. Und die Glencore fuhr damit weiter. 2013 gab ein UNO-Bericht bekannt, dass die Glencore Aluminiumoxid an die Iranian Aluminium Company (Iralco) geliefert hatte. Diese pflegte die Tonerde an die Iran Centrifuge Technology Company (Tesa) weiterzuleiten. Die Tesa ist eine Tochtergesellschaft der Atomenergieorganisation des Iran (AEOI), die unter UN-Sanktionen stand und steht.

dürfte das kriegführende Khomeini-Regime damit Atomwaffen entwickeln. Und viertens springt wieder einmal Zug in die Lücke – gleich für zwei Terrorregimes.»

Bürgerliche in Diensten der Mullahs

Der Lauftext klärte auf. «Zwei iranische Beamte sitzen in der Leitung der Rossing Uranium Ltd., deren Hauptaktionär die RTZ ist. Über sie hat der Iran einen 10-prozentigen Anteil und bezieht jährlich etwa 1000 Ton-

nen Uran aus der Rossing-Mine, der grössten der Welt. Vermutlich verkauft der Iran einen Teil des für militärische Zwecke besser geeigneten Namibia-Urans an andere Nuklearmächte weiter und bezieht dafür zusätzliche, für die Entwicklung des Atomprogramms notwendige Technologien.»

Weiter stellt der Artikel den zürcherisch-südafrikanischen Verwaltungsrat der Zuger RTZ vor: «Verwaltungsratspräsident ist der Zürcher Anwalt Dr. Paul Gmür, der mit seinem Kompanon Dr. Peter Pestalozzi (VR-Mitglied) das bekannte Anwaltsbüro 'Pestalozzi und Gmür' an der Löwenstrasse 1 in Zürich führt. Vizepräsident der RTZ ist der im namibischen Windhuk wohnhafte Colin Alexander Macaulay. Weitere Schweizer Verwaltungsräte, alles angesehene «Bourgeois», waren: Dr. Rudolf Heiz, Dr. Pierre Karrer, Dr. Hans Bollmann, Dr. Urs Jordi, Dr. Georg von Segesser.

Crypto AG im Iran

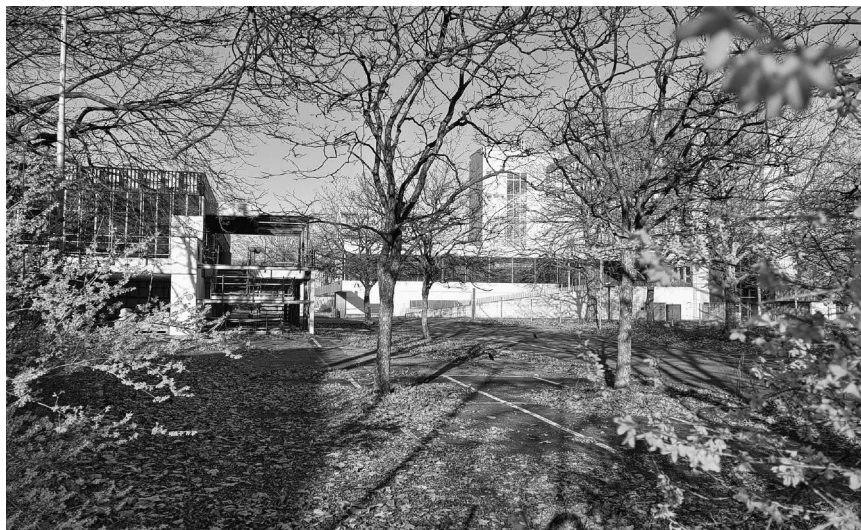
Eng verbunden mit dem Mullah-Regime war auch die Steinhauser Crypto AG, die Chiffriergeräte in den Iran lieferte. Allerdings waren die Geräte, wie dank den Cryptoleaks anfangs 2020 rauskam, manipuliert. Der CIA, dem die Firma, wie damals bekannt wurde, seit 1970 gehörte, hatte über eine «Hintertür» Zugang zu den Geheimdienstinformationen der Crypto-Kunden. Beispielsweise half das den USA 1973, das demokratische Allende-Regime in Chile zu stürzen und die Pinochet-Diktatur zu errichten. 1985 prangerten die Zuger Alternativen an einem «Kreuzweg gegen die Apartheid» die Crypto-Lieferungen an das südafrikanische Rassistenregime an.

Zu den Crypto-Kunden gehörten auch die damals verfeindeten Saudi-Arabien und Israel. Einmal sollen aus Versehen Delegationen aus beiden Ländern am gleichen Tag nach Steinhausen eingeladen worden sein.

Der Verdacht, dass mit den Geräten etwas nicht stimmte, kam 1992 auf,

nachdem der ahnungslose Topverkäufer Hans Bühler während einer Reise im Iran verhaftet und während neun-einhalb Monaten in einem Militärgefängnis festgesetzt worden war. Der spätere TA-Chefredaktor Res Strehle verfasste darauf mit Bühler das Buch «Verschlüsselt» (WerdVerlag 1994). Im Oktober 1994 führten wir Alternativen

mit Georg Stucky erstmals ein Freisinniger als VR-Präsident. Hier stellt sich die Doppel-Frage: Wusste auch er nichts davon, dass die Firma dem CIA gehörte? Oder revanchierte sich der mit Marc Rich eng verbundene Stucky beim CIA dafür, dass dieser den «King of Oil» bis zur Begnadigung 2001 vor dem FBI schützte?



Der ehemalige Sitz der Crypto in Steinhausen. Nach dem Skandal um die Firma wurde es ruhig am Ort. Ein Teil der Gebäude verlottert und das Areal ist verwahrlost.

im Zuger Casino eine stark besuchte Veranstaltung mit Strehle und Bühler durch. An dieser tauchte auch der Crypto-Chef Armin Huber auf, der die Aussagen als «Hirngespinnst» bezeichnete. Das konnte er, weil der letzte Beweis noch fehlte.

Was wussten die Zuger CVP und FDP?

In der zuerst mit dem Schah, dann mit den Mullahs verbundenen Crypto waren die Zuger Bürgerlichen bestens vertreten: 1970 bis 1988 war Philipp Schneider (CVP-Stadtpräsident 1970-74) Crypto-Verwaltungsratspräsident. 1982 wurde der damalige CVP-Stadtpräsident Walther A. Hegglin Verwaltungsrat und 1988 Verwaltungsratspräsident der Crypto. Hatte auch er keine Ahnung, dass die Crypto dem CIA gehörte? 2002 bis 2016 amtierte

Die Cryptoleaks im Januar 2020 hatten das Potenzial für einen Riesen-skandal. Gerettet wurden CVP und FDP wie auch einige (Alt-)Bundesräte durch die Covid-Krise, die im Februar 2020 ausbrach und alles andere überlagerte. Es gab damals Stimmen, die behaupteten, dass die Manipulation der Crypto-Geräte im Falle der Mullahs sinnvoll gewesen sei. Nur wussten die bürgerlichen Verwaltungsräte sehr wohl, dass ihre Firma den Mullahs Geheimdienstgeräte lieferte. Aber sie konnten nicht sicher sein, dass sie manipuliert waren. Zudem dienten die Geräte auch der Verfolgung der demokratischen Opposition im Lande. Und schliesslich bedeutete der Verkauf manipulierter Geräte durch eine Firma, die insgeheim der CIA gehörte, eine schwere Verletzung der Neutralität. ■

Zerstörung im vollen Gang

Josef Lang

12

Trump macht die USA nicht grösser, aber er zerstört das Völkerrecht. Das ist die Hauptthese eines Denknetz-Vortrags von Josef Lang, den er kurz vor dem Angriffskrieg gegen den Iran hielt.

Wenn sich Donald Trump als James Monroe (5. US-Präsident 1817–1825) drapiert, um die Monroe-Doktrin als Donroe-Doktrin wiederzubeleben, erinnert das an einen Hinweis von Karl Marx aus dem Jahre 1852: «Hegel bemerkte irgendwo, dass alle grossen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen, hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce.»

Von der Monroe- zur Donroe-Doktrin

Die Monroe-Doktrin, die 1823 mit «Amerika den Amerikanern» startete, wurde für Lateinamerika zur Tragödie. 1848 führte sie zur Eroberung der Hälfte des mexikanischen Staatsgebietes. Später machte sie Lateinamerika zum «Hinterhof» der USA. Sie war die Strategie eines aufstrebenden Imperiums gegen die absteigende Kolonialmacht Spanien. Die Donroe-Doktrin hingegen erscheint als eine Mischung von Befreiungsschlag und Verzweiflungsakt der absteigenden USA gegenüber erstarkenden (Wirtschafts- und Militär-) Mächten wie China, aber auch Indien. Die beiden Hauptziele der Donroe-Doktrin sind offensichtlich: Stärkung der US-Macht und Zerstörung des Völkerrechts (zu dem auch die Menschenrechte gehören). Was die Strategie zur Erreichung der beiden Ziele betrifft, dürfte es bei der Machtfrage mit einer Farce, könnte es bei der Rechtsfrage in einer Tragödie enden. Die Entführung des venezolanischen Präsidenten Maduro und dessen Partnerin sagt mehr aus über die Schwäche des venezolanischen Regimes als über die Stärke der USA. Wie isoliert Maduro und seine Partei sind, zeigt sich in der Passivität der Bevölkerung. Trump, der – mindestens bis-

lang – in Venezuela auf eine Invasion verzichtete, weiss, dass Kolumbien und Mexiko viel schwieriger zu unterwerfen wären. Dasselbe gilt für den Iran.

Dazu kommt, dass die Umsetzung der Donroe-Doktrin in Lateinamerika China mehr nützt als schadet. Nicht einmal die rechtsextremen Regimes



Politische Karikatur zur Monroe-Doktrin unter Donald Trump (Adaption eines Motivs von W.A. Rogers).

wie Mileis Argentinien wollen oder können auf die wirtschaftliche Kooperation mit der asiatischen Grossmacht verzichten. Ausgerechnet im weitaus grössten Land Lateinamerikas, in Brasilien, versagte die Donroe-Doktrin, bevor sie überhaupt verkündet worden war – sowohl beim Zollstreit als auch bei der Bolsonaro-Affäre. Zu einer erheblichen externen und internen Schwächung der USA würde eine Einverleibung Grönlands führen.

Traumkomplizen Putin und Netanyahu

Die grösste Gefahr der Donroe-Doktrin ist nicht eine Stärkung des US-Imperialismus, sondern die Zerstörung des Völkerrechts – auch weil da die anderen Mächte mitmachen. In den Kriegsherren Putin und Netanyahu hat Trump zwei Traumkomplizen. Der chinesische Imperialismus behauptet, die Bedrohung Taiwans sei keine Völkerrechtsfrage. Auf die Europäische Union und die Schweiz komme ich noch zu sprechen.

Zu den wichtigsten völkerrechtlichen Errungenschaften gehören der Atomwaffensperrvertrag aus dem Jahre 1970, den 191 Staaten unterzeichnet haben, und der Atomwaffenverbotsvertrag aus dem Jahre 2021, den bislang 74 Staaten unterzeichnet haben. Mit seiner Ankündigung von Atomwaffentests stellt Trump – wie übrigens auch Putin mit seinen Atomkriegsdrohungen – diese völkerrechtlichen Errungenschaften in Frage.

Erosion des Völkerrechts in Europa

Wie wenig das Völkerrecht und die Menschenrechte sich auf die Europäische Union – und die Schweiz – verlassen können, zeigen die 26 000 Toten im Mittelmeer in den letzten zwölf Jahren. Prinzipien wie Seenotrettung, Place of Safety, Non Refoulement wurden und werden massiv verletzt, Seenotretter wurden kriminalisiert.

Im Fall von Putins völkerrechtswidrigem Angriffskrieg gegen die Ukraine hat Europa das Völkerrecht ernster genommen. Aber das Füllen von Putins Kriegskasse ging – wenn auch vermindert – weiter. Völlig versagt haben die Mehrheit der EU wie auch Grossbritannien und die Schweiz gegenüber dem Genozid Israels in Gaza. Ob die Europäische Union im Falle eines Angriffskriegs gegen den Iran diesen im Namen des Völkerrechts verurteilen wird, daran wage ich zu zweifeln.

In der Diskussion um die Ermächtigung Europas spielt das Völkerrecht



2003 fand auf dem Landsgemeindeplatz in Zug eine Kundgebung gegen die Militärintervention der USA und ihrer Verbündeten in Irak statt. Auch damals warnte man davor, dass der Angriff ein gefährlicher Präzedenzfall für das Völkerrecht sei.

politisch und medial eine höchst marginale Rolle. In der vorletzten WoZ hat Georg Diez affirmativ die antikanianische Aussage eines New-York-Times-Kolumnisten zitiert: «Europa muss lernen, genauso hart und schmutzig zu spielen wie Donald Trump oder der Rest der Welt.» Der bisherige Gipfel in der Diskussion um eine Grossmacht Europa ist die atomare Bewaffnung weiterer EU-Staaten, insbesondere Deutschlands. Bekanntlich hat kein einziger Natostaat den Atomwaffenverbotsvertrag unterschrieben. Und die Schweiz, welche am Anfang des Vertrages stand, will ihn nicht unterzeichnen – aus Rücksicht auf die Nato.

Aufrüstung stärkt putinnahe Rechte

Was ist da zu tun? Das beste Beispiel für eine entschlossene, radikaldemokratische, gewaltfreie Gegenbewe-

gung gegen Trumpismus und Autoritarismus, für Freiheit, Gleichheit, Solidarität liefert Minneapolis. Vorbildlich ist auch der einheitlich-vielfältige grassroot-Wahlkampf in New York. Die europäische Linke könnte viel von der US-Linke lernen.

Was allgemein in Europa richtig und falsch läuft, erlebten wir am 24. Oktober 2025 in Irland und Wales. Während in Irland die sozialistische Aufrüstungs-Gegnerin Catherine Connolly mit 64 Prozent die Präsidentschaftswahlen gewann, stürzte in Wales die Pro-Aufrüstungs-Labour-Party von 46 Prozent auf 11 Prozent ab. Die extreme Rechte stieg von zwei auf 36 Prozent auf. Der Sitz fiel nicht an die Reform UK, weil es mit Plaid Cymru eine linke Alternative gab. Der Hauptslogan gegen Starmers Rüstungswahn in Grossbritannien lautet: *welfare not warfare!*

Die sozialen und mentalen Folgen der militärisch unnötigen Aufrüstung gegen Putin führen zu einer politischen Stärkung der putinfeindlichen Rechtspopulisten und Rechtsextremen. Leider kennen die heutigen Militärköpfe Clausewitz' «Primat des Politischen» nicht. Sie kennen nur die Fünf-Prozent-Vorgabe von «Daddy Trump».

Völkerrecht und weltsolidarische Neutralität

Was eine emanzipatorische Linke heute vor allem ausmachen muss, ist humanistischer Universalismus und radikaldemokratische Zivilität. Das heisst unter anderem: Die Stärkung des Völkerrechts – wie auch der UNO – hat höchste Priorität. Das Völkerrecht stärken aber nur jene, die dessen Verletzung durch Putin ebenso verurteilen wie die durch Netanyahu – und umgekehrt. Die die chinesischen Drohungen gegen Taiwan ebenso anprangern wie die Trumps gegen Grönland – und umgekehrt. Eine grosse Chance für den humanistischen Universalismus bietet die SVP-Initiative zur Wahrung der

bewaffneten Geldsack-Neutralität. Sie erlaubt es, die Neutralität weltsolidarisch und human-zivil zu definieren. Auch als Alternative zum Nato-Beitritt, der in der Schweiz als Nato-Annäherung oder Nato-Kooperation camoufliert wird. Möglicherweise und hoffentlich kommt die Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes gleichzeitig zur Abstimmung. Das laufende Referendum beruft sich auf eine weltsolidarische und friedenspolitische Neutralität. Wie auch die Volksinitiative für den Beitritt der Schweiz zum Atomwaffenverbotsvertrag. ■

Denknetz

Das Denknetz ist eine sozialkritische «Denkfabrik». Die Zürcher Veranstaltung mit Josef Lang vom 19. Februar 2026 trug den Titel «Lage der Welt». Kontakt: Denknetz, Postfach, 8036 Zürich oder info@denknetz.ch.

Stopp F-35 und Elbit-Drohnen

Gegen den jüngsten Nahostkrieg hat die GSoA eine Petition gegen die Kollaboration der Schweiz mit den Kriegsparteien gestartet. Die zwei Schlüsselforderungen lauten: Stopp -F-35 und Stopp Elbit-Drohnen. www.gsoa.ch

Aussichtsreicher Kandidat

Natalie Chiodi und Hansruedi Küttel, Redaktion BULLETIN

14

Andreas Lustenberger (AL) hat bei den letztjährigen Ersatzwahlen den Regierungsratssitz zwar verpasst, aber er hat eine sehr erfolgreiche Kandidatur gemacht und ein vielversprechendes Resultat erzielt. Nun hat er sich entschieden, für die Gesamterneuerungswahlen 2026 anzutreten. Das BULLETIN hat ihn am 13. Februar 2026 interviewt.

BULLETIN: Andi, was hat dich persönlich dazu bewogen, für das Amt des Regierungsrats zu kandidieren?

AL: Politik interessiert mich, seit vielen Jahren bin ich politisch engagiert. Politik mache ich, weil ich mich für Menschen und die Umwelt einsetzen möchte. Die parlamentarische Stimme, die ich seit zwölf Jahren im Kantonsrat wahrnehme, ist zwar wichtig, aber der Einfluss im Regierungsrat wäre grösser.

BULLETIN: Gab es einen bestimmten Moment oder ein Erlebnis, das deinen politischen Weg entscheidend geprägt hat?

AL: Nach Berufslehre und Berufsmaturität habe ich die Passerelle gemacht. Dort hatte ich einen sehr spannenden Geschichts- und Geografielehrer. Wir diskutierten viel über globale Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten, und das bewog mich, ein Praktikum beim

Fastenopfer (heute Fastenaktion) zu machen. Da befasste ich mich 2009 mit der Klimakonferenz in Kopenhagen und durfte dort die kirchlichen Hilfswerke vertreten. Das war mein Einstieg in die Kampagnenarbeit und in den politischen Austausch zu globalen Ungerechtigkeiten.

BULLETIN: Welche politischen Schwerpunkte möchtest du als Regierungsrat setzen?

AL: Ein erster Schwerpunkt ist die Wohnungsnot. Seit Jahrzehnten läuft es im Kanton Zug in die falsche Richtung. Die linken Parteien monieren dies auch schon seit Jahrzehnten. Jetzt hat man zwar das Gefühl, dass es auch bei den Bürgerlichen ein gewisses Thema ist, doch was sie bisher als Massnahmen vorschlagen, bringt uns nicht weiter. Die Strategie des Regierungsrates ist zahnlos und wird keine grossen Veränderungen bringen. Im

Wohnbereich müssen wir dafür sorgen, dass sich Menschen mit normalen Einkommen weiterhin eine Wohnung im Kanton Zug leisten können. Wir brauchen einen kantonalen Fonds für mehr bezahlbaren Wohnraum, ein Vorkaufsrecht bei Grundstücken und Mietzinszuschüsse. Zug ist zu einer Insel der Glücklosen oder der finanziell Glücklichen geworden.

Ferner ist mir die gesellschaftliche Komponente wichtig, das bedeutet eine Umgebung, die das Gemeinschaftsgefühl ins Zentrum stellt. Wo die Menschen sozial integriert und psychisch und physisch gesund sind. Dazu gehört eine gut funktionierende Gesellschaft, in der es den Menschen gut geht, in der man sich entfalten kann, Perspektiven für sein Leben sieht, nicht nur ums (finanzielle) Überleben ringen muss. Die Nachbarschaftshilfen KISS, welche massgeblich von Menschen aus unserer Partei geprägt werden, sind hierfür ein tolles Beispiel.

Als dritten Punkt nenne ich die Umwelt. Wir brauchen eine intakte Umwelt. Dazu gehört: Energie, Klima, Landschaftsschutz etc., auch im Einvernehmen mit der Landwirtschaft. Wenn wir diese Grundlage der Menschheit zerstören, gibt es auch uns Menschen nicht mehr.

Es ist mein Anspruch an mich, dass ich als Regierungsrat eine Stimme bin für einen menschlicheren Kanton Zug. Als internationale Rohstoffdrehscheibe und wichtiger Kryptostandort in Europa müssen wir der globalen Verantwortung stärker gerecht werden.

BULLETIN: Wo siehst du die grössten Herausforderungen für den Kanton in den nächsten vier Jahren?

AL: Die Wohnungsnot wird uns länger als die nächsten vier Jahre beschäftigen. Kontinuierlich entstehen neue Büroflächen und bringen noch mehr Menschen mit hohen Einkommen nach Zug; kombiniert mit einer Steuerpolitik, die Vermögende aus dem In- und Ausland anzieht, die



Das Interview mit Andreas Lustenberger war sehr aufschlussreich und ergiebig, leider mussten wir es um die Hälfte kürzen. Er weiss viel!

das befeuert und nur in eine Richtung zielt: ungebremstes Wachstum. Es gibt im aktuellen Regierungsrat keine politische Gegenströmung, das ungebremste Wirtschaftswachstum und die Tiefsteuerpolitik zu hinterfragen, es fehlt die soziale, grüne, humanistische Stimme. Dabei könnte

tät. Wir haben im Kanton Zug viele Zupendler*innen, Menschen, die wegen ihrer Arbeit nach Zug pendeln. Das weiss man schon lange. Ich bringe das Thema seit Jahren im Kantonsrat immer wieder aufs Tapet, auch in der Raumplanungskommission, wo wir über das ganze Mobilitätskonzept



Auf dem Bild ist Andreas Lustenberger mit dem Co-Präsidium der Alternativen – die Grünen des Kantons Zug zu sehen. Der Anlass ist seine deutliche Nomination im Rahmen der Mitgliederversammlung 2025.

man durchaus feststellen, dass genau diese Dinge dazu führen, dass wir diese Wohnungsnot haben. Die gesellschaftlichen Auswirkungen für die Bevölkerung werden negiert. Selbst die Zuger Wirtschaftskammer hat dies in ihrer repräsentativen Befragung 2025 aufgezeigt. 2019, bei den letzten Richtplananpassungen, war ich in der Raumplanungskommission und wir mussten uns auf Wachstumsszenarien einigen. Die Linken waren damals die einzigen, die ein langsames Wachstum anstrebten. Auch die SVP, die nun mit ihrer Initiative für eine 10-Millionen-Schweiz droht, hat damals ein höheres Wachstum gewollt. Die Zuger Regierung muss sich gemeinsam mit der Wirtschaft dazu bekennen, das Wachstum zu verlangsamen. Eine weitere Herausforderung in den nächsten Jahren ist die Mobili-

gesprächen haben. Man will zwar wachsen, hat aber keine Vision, wie die Mobilität aussehen soll. Das fliegt uns nun immer mehr um die Ohren. Das Einzige, was bislang in der parlamentarischen Politik mehrheitsfähig war, war das Konzept Strassenbau, auch wenn die Bevölkerung – zumindest bei gewissen Projekten – klar Gegensteuer gibt.

Im Bereich des sozialen Zusammenhalts und der Gesundheit haben wir grosse Herausforderungen. Der Arbeitskräftemangel in der Pflege liegt schweizweit bei 30 000 Personen und trotzdem torpedieren die eidgenössischen Räte die Umsetzung der angenommenen Pflegeinitiative. Aber auch Themen wie Wohnen im Alter, ein funktionierendes Gesundheitsangebot trotz Überalterung und Palliativ-Care werfen grosse Fragen auf.

BULLETIN: Was unterscheidet dich von der aktuellen Regierung?

AL: Meine parteipolitische Herkunft und darum auch die Schwerpunktsetzung auf soziale, gesundheitspolitische und ökologische Themen. Bei den Parteien, die aktuell in der Regierung vertreten sind, sind diese Themen nicht zuoberst auf dem Programm. Es scheint oft fast so, als ginge es ihnen nur um möglichst tiefe Steuern.

BULLETIN: Vielleicht hätten wir fragen sollen, wo du dich nicht von den anderen unterscheidest?

AL: In der politischen Erfahrung unterscheide ich mich nicht. Ich habe mindestens so viel Erfahrung – wenn nicht noch mehr – als andere, die in den Regierungsrat gewählt wurden. In einer Minderheitspartei lernt man, sehr gut zu argumentieren. Man muss sich gut in Dossiers einlesen und in verschiedenen Themen sattelfest sein. Im Parlament, vor allem in Kommissionssitzungen, will ich mit sachlichen Argumenten die Leute aus anderen Parteien überzeugen. Das wäre in der Regierung von grosser Wichtigkeit, damit man sich auch in anderen Bereichen einbringen kann. Natürlich ist der grösste Hebel in jener Direktion, die man führt.

Man kann in einem Exekutivamt bedeutend mehr gestalten als in einem parlamentarischen Amt – einfach schon nur von der Anzahl der Personen, die auch mitreden.

BULLETIN: Sprechen wir über deine Arbeit bei der Caritas: Wie hat diese Tätigkeit deinen Blick auf Politik und Gesellschaft verändert?

AL: Dank meiner Arbeit bei Caritas habe ich ganz viele unterschiedliche Politsysteme in der Schweiz kennen gelernt. Ich habe gelernt, mich in verschiedenen politischen Umfeldern zu bewegen, sei das durch meine Arbeit für Caritas im Bundeshaus oder mit den Bundesamtsleitenden. Ich habe z.T. auch Austausch mit Bundesrät*innen und mit anderen



Ein Regierungsratskandidat, der nun schon seit einem Jahr im Wahlkampfmodus ist. Es scheint ihm richtiggehend Spass zu machen.

Kantonen. Dadurch habe ich ein gutes Gespür entwickelt, wie die Politik tickt und wie man sich dort mit seinen Anliegen einbringen kann.

Mein Blick hat sich geschärft bezüglich Lebensrealitäten von Menschen mit wenig finanziellen Mitteln. Man versteht es wohl nie vollständig, wenn man selbst nicht betroffen ist. Aber ich habe viel Austausch und lerne zu sehen, was finanzielle Probleme mit den Menschen machen und was es für sie bedeutet. Ich habe auch gelernt, wie schwierig es ist für Menschen, die Stimme zu erheben, wenn sie keine grosse Lobby haben und vielleicht nicht viel Geld bringen, sondern den Staat eher kosten. Bürgerliche blenden diese Sichtweise und diese Personengruppe tendenziell eher aus. Doch wir dürfen nicht vergessen, dass ein Fünftel (oder mehr) der Bevölkerung mit knappen Mitteln den Alltag bewältigen muss. Man hat zwar oft ein offenes Ohr für solche Menschen, aber in der Realität ist es sehr schwierig, strukturelle soziale Veränderungen vorzunehmen.

BULLETIN: Welche Strategien als Regierungsrat siehst du, um soziale Ungleichheit zu bekämpfen?

AL: Einerseits sollen alle Menschen ein Leben in Würde führen können.

Dazu braucht es Massnahmen wie Investitionen in Frühförderung und Bildung, Kita-Plätze etc... Arbeit ist ein wesentlicher Teil des Lebens, muss aber auch etwas zurückgeben – persönlich und finanziell. Menschen, die arbeiten, müssen ein Einkommen erhalten, einen Lohn, der zum Leben reicht. Daraus ergeben sich schon ganz viele Themen auch im Kanton Zug. Ein Teil der Bevölkerung wird immer reicher – in Zug ist es nicht mal ein so kleiner Teil – und muss für sein Einkommen gar nicht mehr arbeiten, weil der Reichtum über Erbschaften, Vermögen, Grundbesitz weitergegeben wird und die Nachkommen dabei durch Investitionen noch reicher werden. So entsteht eine immer grössere Diskrepanz in der Gesellschaft. Das ist gefährlich für das Funktionieren unserer Demokratie. Ganz viel an Rechtsrutsch in gewissen Ländern hat vermutlich auch damit zu tun, dass eine abgehobene Elite im Land existiert. Die grosse Mehrheit der Menschen ist mit anderen Realitäten konfrontiert und kann sich nicht mehr mit jenen identifizieren, die die Elite darstellen und oft auch in Machtpositionen und der Politik aktiv sind. Es scheint mir eine Art Fatalismus zu sein.

Die Politik, die die Zuger Regierung macht, geht in eine falsche Richtung. Nach dem letzten Sparpaket ist schon das neue Sparpaket angedacht. Wieder möchte man die Vermögenssteuern senken. Dabei müsste man genau das Gegenteil machen. Man müsste das Vermögen stärker besteuern, auch auf nationaler Ebene, wo es gar keine Vermögenssteuer gibt. Man müsste eine sinnvolle Art der Vermögenssteuer einführen oder eine Kapitalgewinnsteuer, so dass man den gesellschaftlichen Kitt finanzieren kann. Abgesehen davon ist eine steigende Ungleichheit auch wirtschaftlich nicht sinnvoll. Eine Studie der WTO warnt davor, dass eine ungleiche Gesellschaft auch volkswirtschaftlich negative Auswirkungen hat.

BULLETIN: Wie stehst du zu Themen wie Migration?

AL: Migration ist ein wichtiger Teil der Welt, hat viel zu unserem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erfolg beigetragen. Sie führt auch global zu interkulturellem Verständnis. Es ist mir ein Anliegen, Migration grundsätzlich als positiv wahrzunehmen und zu schauen, was man voneinander lernen und erfahren kann. Ich bin überzeugt davon, dass Migration friedensfördernd ist. Es macht mir schon sehr Mühe, dass sie oft nur in einem negativen Kontext dargestellt wird. Im Zusammenhang mit Flucht werden leider auch viele Unwahrheiten erzählt. Ich sehe es im Kantonsrat. Ich habe das Gefühl, dass ich in fast jeder Sitzung aufstehen und Redner*innen korrigieren muss – was ich sonst nicht so gerne mache –, weil aus populistischen Gründen Mist über Fluchtgründe und Anerkennungszahlen etc. erzählt wird. Ich bin froh, dass es im Kanton Zug noch Organisationen wie FRW Interkultureller Dialog oder die Asylbrücke gibt, die sich für Geflüchtete einsetzen und erkannt haben, welche Ressourcen diese Menschen mitbringen.

In diesem Zusammenhang muss aber gesagt werden, dass ein beträchtlicher

Anteil aller Menschen, die Asyl beantragen, aus Ländern stammen, deren Anerkennungsquote sehr tief ist. Sie kommen zwar aus menschlich verständlichen Gründen nach Europa, aber oft ohne Asylgründe gemäss Genfer Flüchtlingskonvention und

Mitarbeitenden einsetzen. Wenn die Verdrängung so weitergeht, finden sie irgendwann keine Leute mehr, die im Kanton Zug wohnen und arbeiten. Wer im Coop arbeitet, der kann auch an einem anderen Ort im Coop arbeiten, wo die Wohnungen preisgünstiger

nen fast uneingeschränkt schalten und walten, wie sie wollen. Ihr Verhalten wird sich nur verändern, wenn man sie auch in der Schweiz zur Verantwortung ziehen kann. Sie sind sonst immer am längeren Hebel. Und wenn dann der Staat noch ein fragiles Gefüge ist, dann ist das Ganze noch heikler. Das ist eine Gerechtigkeitsverantwortung, die wir haben, weil wir von den Steuereinnahmen profitieren.



Nach dem ersten Wahldurchgang im Sommer 2025, als klar wurde, dass es zu einem zweiten Wahlgang kommen wird, traf man sich zu einem Sommerfest.

belasten dadurch das Asylsystem. Für sie braucht es andere Wege wie etwa Drittstaaten- oder Ausbildungs- und Arbeitskontingente.

BULLETIN: Welche Pläne hast du für kleine und mittelständische Unternehmen?

AL: Auch die Unternehmen kämpfen mit den hohen Bodenpreisen in unserem Kanton. Sei dies für Gewerbe- raum wie auch für bezahlbaren Wohn- raum für ihre Mitarbeitenden. Es gibt im Rahmen der Ortsplanungs- revisionen Bestrebungen, dass man bezahlbaren Gewerbe- raum ausscheidet. In gewissen Gemeinden wird das nun umgesetzt, auch für bezahlbaren Wohnraum. Ich erhoffe mir von der Gewerbe- seite – den kleinen und mittleren Unternehmungen – und den Detailhändler*innen, dass sie sich stärker für Wohnraum für ihre

sind. Der fehlende bezahlbare Wohn- raum gefährdet das volkswirtschaft- liche Gefüge in unserem Kanton.

BULLETIN: Welche Massnahmen planst du, um die Wirtschaft auf Nachhaltigkeit zu trimmen?

AL: Ich bin Mitglied im Komitee der Konzernverantwortungsinitiative 2.0. Das Thema ist mir ein wichtiges Anliegen. Ich finde es absolut zentral, dass es für fehlbare internationale Multis eine Gerichtsbarkeit am Hauptsitz der Unternehmen gibt. Es ist wichtig für die Menschen, die für die Konzerne arbeiten und deren Machenschaften oft schutzlos ausgeliefert sind. Ich war in Peru (Espinar), wo Glencore eine Mine betreibt. Diese riesigen Gross- konzerne, die haben solch enormen Einfluss und Finanzmacht in jenen Standortländern – sie haben grössere Budgets als die Staaten selbst. Sie kön-

BULLETIN: Klimawandel?

AL: Das ist ein Grund, warum ich bei der Grünen Partei gelandet bin. Die beschlossene Energiewende muss jetzt umgesetzt werden. Ich bin noch immer guten Mutes, dass sie umgesetzt wird, weil auch die Wirtschaft davon nur profitieren kann. Wir müssen insbesondere den Ausbau der Solar- energie und der Wasserkraft voran- treiben. Ich bin der Meinung, dass die Wasserkraft einen wesentlichen Teil bei der Gewinnung von Strom in der Schweiz leistet und «sonnenarme» Zeiten überbrücken kann und soll. Als Grüne müssen wir beim Thema Wasserkraft kompromissbereiter sein.

BULLETIN: Wie gehst du mit Kritik und politischem Gegenwind um?

AL: Ich bin da sehr entspannt. Plausible und gerechtfertigte Kritik aus anderen politischen Ecken höre ich mir gerne an und bin offen für neue und andere Wege. Es stresst mich nicht. In der Poli- tik ist man nicht, um Freund*innen zu haben, ich wahre eine gewisse private Distanz zu anderen.

Nicht verhandelbar ist für mich die Würde des Menschen. Bei allen ande- ren Sachen bin ich auch mal bereit, einen Kompromiss einzugehen. Wenn man aber kurz vor dem Mittag im Kan- tonsrat die Asylsozialhilfe von 12.50 auf 10 Franken kürzt, macht das mir zu schaffen.

BULLETIN: Danke, Andi, für dieses spannende Gespräch. Wir wünschen dir alles Gute für die kommenden Wahlen. ■

Bezahlbar für alle

Franz Lustenberger, Redaktion BULLETIN

18

Im Kanton Zug fehlt es an Wohnraum. Es fehlt besonders an bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit kleinerem und mittlerem Einkommen und für Familien. Kein Wunder also, dass sich im Wahlkampf die Parteien auf dieses Thema stürzen. So fordert «Die Mitte» einen gesetzlichen Mietvorrang für einheimische Zugerinnen und Zuger, die schon zehn Jahre im Kanton gelebt haben. Ein Vorschlag, der die grundlegenden Probleme nicht lösen wird.

Zuerst Fakten. Das BULLETIN hat alle Gemeinden im Kanton angeschrieben, fast alle haben geantwortet. Danach verfügen die Gemeinden über gut 600 eigene Wohnungen; davon abzuziehen sind etwa Notwohnungen im Sozialbereich oder Dienstwohnungen. Im Jahr 2024 waren im Kanton 62 454 Wohnungen erfasst. Das heisst: lediglich ein Prozent aller Wohnungen befinden sich

ganzen Kantonsgebiet. Kantonsrat Luzian Franzini schreibt in diesem Zusammenhang von einer «Scheindebatte».

Verpasste Wohn- und Bodenpolitik

Die Ursachen für die Wohnkrise liegen weit zurück. Als in der Vergangenheit Alternative, SP, CSP oder der Mieterverband eine aktivere Rolle der

heute deutlich besser dastehen, wenn die Gemeinden mit ihrem Geldsegen in das nicht vermehrbare Gut «Boden fürs Wohnen» investiert hätten. Aufgrund der verheerenden Folgen der Mietpreisentwicklung wird jetzt in den Gemeinden und im Kanton an Wohnraumstrategien gearbeitet. Ein bürgerliches Element, die Priorisierung von Zuger:innen. Doch welche sind gemeint? Hier Geborene, hier seit Jahren Ansässige oder gar nur solche mit Zuger Bürgerrecht? Wie steht es um die Niederlassungsfreiheit, um das Verbot der Diskriminierung, um die Eigentumsgarantie und die Vertragsfreiheit? Welche Grundeigentümer würden unter diese Vorschrift fallen? Mehrere Gemeinden haben in ihren Antworten auf die notwendige gesetzliche Grundlage hingewiesen. So etwa Risch: Eine solche Vorlage müsste aus Sicht des Gemeinderates «rechtlich abgestützt, verhältnismässig und langfristig wirksam sein».

«Reine Symbolpolitik»

Neben der verpassten Bodenpolitik und dem «laissez-faire» (Marktvertrauen) ist es für die Alternative – die Grünen Zug die Tiefststeuerpolitik der letzten Jahrzehnte, welche die Boden- und Mietpreise in die Höhe schnellen liess. Der Wirtschaftsboom braucht Zupendler:innen, die alle potenziell eine Wohnung in der Nähe des Arbeitsplatzes anstreben, während der Mittelstand in die Nachbarkantone verdrängt wird. Der Schlüssel zu bezahlbaren Mieten liegt für Luzian Franzini daher in der stärkeren Förderung von mehr gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften, die nach dem Prinzip der Kostenmiete arbeiten. Diese – und die öffentliche Hand – sollen Land für bezahlbaren Wohnraum erwerben können und müssen. Und bei Aufstockungen und Verdichtungen in bestehenden Bauzonen muss von den Investoren ein deutlich höherer Anteil für bezahlbaren Wohnraum eingefordert werden. Echte Umkehr statt Scheindebatten. ■



Wo es Arbeitsplätze gibt, werden auch Wohnungen benötigt. Das eine ohne das andere zu planen war unvernünftig.

im Besitz von Gemeinden, die für eine solche gesetzliche Regelung primär in Frage kommen.

In Tat und Wahrheit sind es real deutlich weniger auf dem Markt. So hält beispielsweise die Gemeinde Walchwil fest, dass ihre zehn gemeindeeigenen Wohnungen fast alle seit vielen Jahren an dieselben Mieter:innen vergeben seien: «Es gibt kaum Wechsel.» Dies dürfte in anderen Gemeinden gleich sein. Bei einer angenommenen Mietdauer von 20 Jahren kämen pro Jahr nur fünf Prozent der 600 Wohnungen auf den Markt, also lediglich etwa 30 gemeindeeigene Wohnungen im

öffentlichen Hand auf dem Boden- und Grundstückmarkt anmahnten, kamen von den Bürgerlichen immer die gleichen Argumente: Der Markt wird es schon richten. Wie wir sehen, hat es der Markt nicht gerichtet und genügend bezahlbaren Wohnraum geschaffen. Zweites Argument: Der Staat würde die Grundstückpreise in die Höhe treiben. Wie wir sehen, sind die Preise auch ohne Staat in die Höhe geschneit.

Statt in Grundstücke zu investieren, haben die Gemeinden mit ihren Überschüssen die Steuern mehrmals gesenkt und so die Nachfrage im Immobilienmarkt angeheizt. Zuger:innen würden

Mahnwache

Simeo Betschart, Junge Alternative Kanton Zug

«Die Gleichgültigkeit ist das tote Gewicht der Geschichte.» Dieses Zitat stammt aus einem Text des marxistischen Denkers und politischen Gefangenen Antonio Gramsci. Es entstand während seiner Gefangenschaft unter dem faschistischen Regime von Benito Mussolini und ist heute knapp hundert Jahre alt. Doch trotz dieser Zeitspanne ist es aktueller denn je, doch weshalb gerade jetzt?

Wir schreiben den 24. Februar 2026. In der Ukraine wütet der Krieg seit vier Jahren offen vor unseren Augen, doch abgesehen von einer Gruppe von rund 80 Friedensdemonstrant*innen bleibt es an diesem Tag ruhig in Zug. Es herrscht eine Stille, die den Hals trocken werden lässt und in der Brust sticht. In der breiten Bevölkerung wird das Ausmass von Grausamkeiten und Gräueltaten zum Alltag und die Medien berichten kaum noch darüber. Eine absolute Gleichgültigkeit tritt in Kraft. Lauschte man jedoch am Abend der Mahnwache, wüsste man, welche zentrale Rolle unser Kanton und die Schweiz in diesem Krieg spielen. Die Ukrainerin Olena Zuza, die selbst geflüchtet ist, verdeutlichte an jenem Abend, was der Krieg bedeutet und wie schmerzhaft die Erinnerungen vieler Generationen damit verbunden sind: «(...) und nun hat er erneut an unsere Türen geklopft.»

Doch das Grauen allein genügte nicht, wie immer konnte auch ein Bezug zu Zug hergestellt werden. Während der Mahnwache fiel auch immer wieder ein bestimmtes Wort: Novatek. Manuela Weichelt, Nationalrätin der Alternativen – die Grünen Zug, deckte auf: «Der Bundesrat verschliesst die Augen davor, dass die Flüssiggasfirma Novatek am Zuger Bundesplatz von 2022 bis 2025 mehr als 40 Milliarden in Putins Kriegswirtschaft eingebracht hat. Allein mit der Gewinnsteuer von etwa 10 Milliarden konnte Russland 280 000 Angriffsdrohnen vom iranischen Bautyp Shahed, 2700 T-90M-Kampfpanzer oder 10 Millionen 172-mm-Artilleriegeschosse kaufen.»

Leid sichtbar machen

Der Historiker und alt Nationalrat Josef Lang ergänzte: «Habt ihr vor der Lektüre dieses Flyers, vor der Rede von Manuela, je die Zahl 280 000 Angriffs-

drohnen gehört? So viele Waffen lassen sich mit den 10 Milliarden an Gewinnsteuern kaufen, die die russische Novatek dank der Geschäftstüchtigkeit ihrer Zuger Filiale in den vier Kriegsjahren in Putins Kriegskasse einzahlte.»

Doch wie gross ist das Ausmass, und wo macht sich die Schweiz, vor allem Zug, mitschuldig? Ist sich das bürgerliche Lager der Tragweite dieses Krieges nicht bewusst? Luzian Franzini, Manuela Weichelt, die ukrainische Wirtschaftswissenschaftlerin Olena Zuza und Josef Lang brachten es auf den Punkt: «Mehr als 15 000 Zivilisten sind im Krieg ums Leben gekommen, darunter 766 Kinder. Mehr als 40 000 Zivilisten wurden verletzt, darunter mehr als 2000 Kinder. Frieden in der Ukraine! Frieden auf der Welt.»

In Zug kann man sich in solchen Zeiten auf die Linke verlassen, die alles daran setzt, dass Gleichgültigkeit nicht zum Regelfall wird und wir unseren humanistischen Ansatz bewahren. Denn die Gleichgültigkeit ist das tote Gewicht der Geschichte, aber wir entscheiden, ob wir es weiter mittragen oder endlich abwerfen.

19



Die ukrainische Wirtschaftswissenschaftlerin Olena Zuza im Gespräch mit Manuela Weichelt.

Bundesrat verbietet Flüssiggas

Am Mittwoch, den 25. Februar 2026, einen Tag nach der fünften Zuger Aktion gegen Putins Krieg, beschloss der Bundesrat, russisches Flüssiggas in der Schweiz zu verbieten, und zwar ab dem 25. April 2026. Die wichtigste Firma für den europäischen Vertrieb von Flüssiggas ist die Zuger Novatek. Für die Sanktionierung von russischem Flüssiggas hat die Alternative – die Grünen mehrere Aktionen durchgeführt. Vor einem Jahr hat Manuela Weichelt im Nationalrat einen Vorstoss für «eigenständige Sanktionen» eingereicht. Das bundesrätliche Verbot umfasst nicht nur die Einfuhr, sondern sämtliche Transitgeschäfte. Das ist ein grosser Erfolg für unsere Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung.

Zivildienst retten

Franz Lustenberger, Redaktion BULLETIN

20

Im Juni 2026 stimmen wir auch über die vom Parlament beschlossenen Änderungen des Zivildienstgesetzes ab. Dabei geht es nicht um Verbesserungen für den Zivildienst, im Gegenteil: Dieser soll zugunsten des Militärdienstes zurückgestutzt werden. Mit unabsehbaren Kostenfolgen für Gemeinden, Kantone und die ganze Gesellschaft.

In der Botschaft des Bundesrates ist nachzulesen, worum es wirklich geht: «Im Ergebnis soll die Zahl der Zulassungen zum Zivildienst sinken, insbesondere von Armeeangehörigen nach bestandener Rekrutenschule und von Kadern sowie Fachspezialisten der Armee.» Die Änderung leiste so einen Beitrag zu einer nachhaltigen Alimentierung der Armee in quantitativer und qualitativer Hinsicht. Kurz und ehrlich gesagt: Die Armee hat ein Problem und der Zivildienst ist schuld daran.

Am Stichtag 1. März 2025 zählte die Armee 146 718 Angehörige, welche in Formationen eingeteilt waren. Mit dieser Zahl ist der Sollbestand von 100 000 Armeeangehörigen gesichert – denn das VBS rechnet damit, dass bei einem Einsatz nicht alle Eingeteilten dem Aufgebot folgen können. Die Armee hat kein quantitatives Personalproblem. Die Armee hat ein selbstverschuldetes Glaubwürdigkeitsproblem. Wie anders wäre zu erklären, dass Armeeangehörige nach absolvierter Grundausbildung der Armee den Rücken kehren?

Zivildienst stützt die Schweiz

Im Jahr 2025 wurden insgesamt knapp 1,9 Millionen Diensttage im Zivildienst geleistet. Der grosse Anstieg von Zivildiensttagen passierte nicht in den letzten Jahren, sondern in der Zeit zwischen 2009 und 2017. Mehr als die Hälfte der geleisteten Diensttage (50,4 Prozent) entfielen auf das Sozialwesen. Dahinter folgen die Bereiche Schulwesen mit 18,1 Prozent und das Gesundheitswesen mit 14,8 Prozent. Zentrale Dienstleistungen für die Bevölkerung könnten ohne Zivis nicht im gleichen Umfang oder dann

nur zu höheren Kosten für die Steuerzahlenden erbracht werden. Anders gesagt: Müssten die gut 280 000 Zivitage im Gesundheitswesen durch Fachkräfte erledigt werden, hätten dies weit höhere Kosten zur Folge, welche letztlich in steigenden Prämien uns alle belasten würden. Weit dahinter folgen die Arbeitsbereiche Umwelt- und Naturschutz

in denen Zivis mitarbeiten, sind laut der Zeitung «Schweizer Bauer» Alpbetriebe im Sömmerungsgebiet oder befinden sich in den Bergzonen 1 bis 4. Deshalb unterstützt die Kleinbauern-Vereinigung das Referendum. Man kann gespannt sein, wie sich der mächtige Bauernverband da positionieren wird. Ob er die Interessen der Berglandwirtschaft ernst nimmt oder sich ideologisch auf die bürgerliche Militärsseite stellt?

Gesellschaft wird entlastet

Das Departement von Guy Parmelin (SVP) bewertet den Zivildienst sehr positiv. «Der Zivildienst ist mit seinem Fokus auf die Betreuung



Der Wegfall der Zivis an Schweizer Schulen hätte spürbare Konsequenzen für den Schulalltag. Gerade auch an Sonderschulen leisten sie einen wichtigen Anteil bei der Unterstützung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen.

(180 000 Tage), Kulturgütererhaltung (69 000 Tage) und Landwirtschaft (50 000 Tage). Dies mag wenig erscheinen, doch die 50 000 Tage bei einem Jahrespensum von 250 Arbeitstagen (5-Tage-Woche ohne Ferien) entsprechen rein rechnerisch einer Unterstützung von 200 landwirtschaftlichen Betrieben. Gerade kleinere Bauernhöfe brauchen diese Zivildienstleistenden. Über zwei Drittel der Bauernbetriebe,

von betagten Menschen, behinderten Menschen, Kindern und Jugendlichen sowie seinem Beitrag im Umwelt- und Naturschutz dort tätig, wo die Schweizer Gesellschaft am stärksten Unterstützung nachfragt. Er stiftet mit seinen Dienstleistungen auftragsgemäss einen Mehrwert.»

Fazit: Es gibt keinen Grund, diese sinnstiftende Tätigkeit für uns alle am 14. Juni zu erschweren. ■

Roter Teppich

Franz Lustenberger, Redaktion BULLETIN

Bei der Abstimmung über die SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» geht es um mehr als die Begrenzung der Bevölkerung. Die Initiative – wie auch weitere Begehren der SVP – destabilisieren den Zusammenhalt in den europäischen Demokratien und spielen Autokraten und Diktatoren in die Hände.

Starten wir mit einem Gedankenspiel: Angenommen, Dänemark wäre – wie die Schweiz – weder Mitglied der Nato noch der Europäischen Union. Also – allein gegen das territoriale Begehren der Administration Trump, den grössten Teil des Staates Dänemark, nämlich die Insel Grönland, zu übernehmen. Dänemark hat diesem territorialen Machtanspruch standgehalten – auch dank der Solidarität

bestehen und Probleme ohne Partner lösen. Die Hellebarde mag im Mittelalter noch von Bedeutung gewesen sein, mit ihr wird die Schweiz im 21. Jahrhundert aber nicht sicherer. Die 10-Millionen-Initiative attackiert die Personenfreizügigkeit, die Europa nach dem 2. Weltkrieg stark gemacht hat und die für den Wohlstand der Schweiz (Stichwort Zuzug von Fachkräften) zentral ist.



Der letzte Wächter der Neutralität.

der skandinavischen Nachbarländer und der sehr klaren Haltung der Europäischen Union sowie des Nato-Mitglieds Kanada. Letzteres ist übrigens selbst von territorialen Machtansprüchen aus Mar-a-Lago bedroht. Die 10-Millionen-Schweiz-Initiative, die Neutralitätsinitiative und der Kampf gegen die Bilateralen III haben eines gemeinsam. Alle diese drei Begehren treiben einen Keil in die Beziehungen zwischen der Schweiz und den europäischen Nachbarn. Sie gaukeln der Stimmbevölkerung vor, die Schweiz könne ganz allein

Recht und Unrecht

Weitaus gefährlicher ist die Neutralitätsinitiative, die in dieser Frühjahrs-session in Bern behandelt wurde. Sie macht aus der Neutralität ein Dogma. Die Initiative untergräbt das Völkerrecht und damit die Menschenrechte. SVP-Sprecher Gregor Rutz sagte in der Debatte, Neutralität heisse, «Kriegsparteien gleich zu behandeln». Der Sozialdemokrat Jon Pult konterte richtigerweise: Die Initiative wolle die «Gleichbehandlung von Recht und Unrecht» in der Bundesverfassung verankern. Die Neutralitätsinitiative

ist nichts anderes als ein Angriff auf das Völkerrecht. Die Mächtigen dieser Welt foutieren sich immer stärker um verbindliche Regeln für das Zusammenleben auf diesem Planeten. In diese Kerbe haut auch der ehemalige Bundesrat Christoph Blocher. In seiner Kolumne in der Zuger Woche (4. Februar 2026) schreibt er: «Das Völkerrecht ist nämlich gar kein Recht.» Und er stellt die internationale Rechtsordnung als «moralische Erklärungen» in Frage. Wie wenn Recht und Ethik gar nichts miteinander zu tun hätten. Damit plädiert Blocher – ob gewollt oder ungewollt – für den Anspruch der Macht und die Willkür im Zusammenleben der Menschen und Staaten. Eindeutiger kann man Autokraten und Diktatoren den roten Teppich nicht ausrollen.

Hellebarden gegen die Zukunft

Mit kleinen Hellebarden-Pins an Jacken, mit Hellebarden bei praktisch jeder Veranstaltung – die Gegner:innen des Vertragswerks Bilaterale III greifen tief in die Morgartenkiste. Brüssel wird zum Ort des Übels erklärt. Genau gleich machen es die Regierungschefs Ungarns und der Slowakei; mit ihrer Anti-EU-Politik wollen sie sich an der Macht halten. Nur sind sie nicht konsequent – sonst müssten Victor Orban und Robert Fico schon längst den Austritt aus der EU anstreben. Aber das machen sie nicht; schliesslich erhalten beide Länder jährlich viel Geld aus Brüssel, knapp 2 Milliarden Euro sind es für Ungarn, rund 1,3 Milliarden Euro fließen in die Slowakei. Die gemeinsame Politik Europas bekämpfen und gleichzeitig die hohle Hand machen: Die Anti-Europa-Politik der rechtsnationalen Parteien dient nicht der eigenen Bevölkerung, sondern sie unterminiert den Zusammenhalt auf diesem Kontinent. Putin und Trump freuen sich. Denn ein starkes demokratisches und dem Völkerrecht verpflichtetes Europa ist die grösste Bedrohung für Autokraten und Diktatoren. ■

10 Jahre im Einsatz

Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN

22

Seit 2016 berichten wir regelmässig im BULLETIN über die Situation von Geflüchteten in Griechenland. Die bedenkliche Situation hat 2016 zu einem Hilfeinsatz geführt und später zur Gründung des Hilfswerks Network ANTHROPIA. Es leistet seit zehn Jahren Nothilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Die Redaktorin arbeitet im Vorstand des Hilfswerks mit.

Vor zehn Jahren sind einige von uns aufgebrochen, um den Menschen, die in Schlauchbooten an den Küsten der Insel Lesbos gestrandet sind, unsere Hand entgegenzustrecken. Nach diesen Einsätzen haben wir uns zusammengefunden und den Verein network ANTHROPIA gegründet. Unsere Arbeit hat sich verändert. Sie hat sich den Bedürfnissen der Menschen in Not in Griechenland angepasst und auch unseren Möglichkeiten, diese Hilfe leisten zu können.

mit unserer Lehrerin Katerina an. Daneben betreiben wir einen «Shop» mit kostenlosen Kleidern, Schuhen und Haushaltartikeln. Die Sachspenden – früher kamen sie fast ausschliesslich aus der Schweiz – kommen heute zu einem guten Teil von Griech*innen. Das freut uns besonders, weil es auch zeigt, dass man uns und unser Hilfswerk in der Gegend gut kennt und dass die Gegenwart der geflüchteten Menschen in Griechenland zu einem grossen Teil akzeptiert wird.



Ein wesentlicher Pfeiler von Network ANTHROPIA ist das Unterstützen von bedürftigen Menschen. Versorgung finden nicht immer am selben Standort statt, um die Sicherheit der Geflüchteten zu gewährleisten. (Quelle: Network ANTHROPIA)

Das Center des Hilfswerkes in Griechenland (eine Stunde südlich von Athen) ist nach einer Phase mit weniger Aktivitäten wieder gewachsen. Viele Frauen und Kinder (und auch alleinerziehende Väter) besuchen verschiedenste Aktivitäten, die von unserer hochqualifizierten Fachperson Illiana organisiert werden. Wir begleiten die Kinder im Bereich der Integration in Schule und Alltag und bieten Sprachunterricht (Griechisch)

Dass wir fast ausschliesslich lokale Produkte bei lokalen Händlerinnen und Händlern einkaufen, hat sich herumgesprochen. Den kleinen Läden geht es auch in Griechenland schlecht. Wir führen etwa unsere «Vitaminaktion» mit Pantelis durch, einem kleinen Händler, der in der Coronazeit viele Menschen versorgte, die die Häuser nicht verlassen durften. Viele diese Menschen haben ihn bis heute nicht bezahlt, was seine Exis-

tenz belastet. Unseren Verein und unsere Tätigkeiten hat er von Anfang an unterstützt, weshalb wir ihn jetzt, wenn immer es geht, auch berücksichtigen. Es hat sich also herumgesprochen, dass wir sorgfältig agieren und die Griech*innen auch unterstützen. Dadurch kommen wir zu griechischen Spenden. Wir erhalten Anfragen und man bringt uns Sachen, die wir dann weitervermitteln. Kürzlich haben wir so einen Kochherd erhalten, der in einwandfreiem Zustand war; wir konnten ihn bei einer bedürftigen Familie installieren lassen. Für solche Einsätze haben wir gute Kontakte zu geflüchteten Menschen, die uns handwerklich gerne behilflich sind.

Grossbrände in der Region

Nach dem Grossbrand in der Region Lavrio im August 2025 unterstützen wir viele lokale Familien und alleinstehende ältere Menschen, die ihr ganzes Hab und Gut verloren hatten. Wir mobilisierten Arbeiter (auch viele mit Fluchthintergrund), die mit anpackten und halfen, die Häuser vom Schutt zu befreien und zum Teil wieder bewohnbar zu machen. Eine Erfolgsgeschichte! Diese fleissigen Menschen haben Arbeit und helfen anderen. Das wird von der lokalen Bevölkerung sehr geschätzt. Dadurch wächst die Solidarität, und das ist unserem Verein ebenfalls ein grosses Anliegen.

Fehlende Unterstützung

Die Leute in den Camps haben allgemein zu wenig von allem (Grundnahrungsmittel, Hygieneprodukte, Vitamine, Kleidung etc.). Frauen und ihre Kinder sowie Menschen, die nicht kräftig oder gesund genug sind, sind am stärksten betroffen. Wir versorgen gezielt solche Gruppen mit Essenspaketen. Wie das geht, ohne Einlass ins Camp zu haben, habe ich im BULLETIN Nr. 4/2024 beschrieben. Die Versorgung geschieht an vorher abgesprochenen Orten und beinhaltet Basisversorgung, vereinzelt und gezielt Medikamente, Babynahrung



Das Schulungscenter von Network ANTHROPIA ist belebt. Gemeinsame Aktionen von klein und gross sind wichtig: Ein Begegnungsort für «entwurzelte» Menschen.



Die Brände in der Region haben auch Einheimische heimatlos gemacht. In Absprache mit der Bürgermeisterin stellte network ANTHROPIA eine Hilfstuppe aus Geflüchteten zusammen. Die Hilfe kommt sehr gut an.



«Vitamin-Aktion». Dank unserem Bus können wir Güter unkompliziert und dank Pavlos überallhin transportieren.



Der Koordinator Pavlos mit einer Gruppe von Kindern im Park. Die Kinder sollen schnell die Sprache lernen, damit sie in den geregelten Unterricht integriert werden können und Normalität erleben.

und Windeln. Gelegentliche Transporte zu Spitälern bieten wir jenen Menschen an, die zu schwach, behindert oder alt sind.

Dank der jahrelangen Präsenz auf dem griechischen Festland hat unsere Organisation ein grosses Netz an Kontakten. Oft werden wir von Sozialarbeiter*innen angefragt, wenn sie selbst keine Möglichkeit mehr sehen eine Unterstützung anzubieten. Unser griechischer Koordinator Pavlos leistet hervorragende und zuverlässige Arbeit. Die jahrelange Zusammenarbeit mit den Lagern in der Region Athen trägt Früchte und funktioniert speditiv. Es gibt auch griechische Familien, die ohne Hilfe kaum überleben könnten.

Langfristiges Engagement

Einige Familien unterstützen wir schon seit vielen Jahren. An dieser Stelle muss erklärt werden, dass Menschen, die in Griechenland Asyl erhalten haben, auf die Strasse gestellt werden und von einem Tag auf den anderen ohne Arbeit und ohne Unterkunft sind. Sind sie trotz allem noch in den Camps geduldet, wird für sie kein Essen mehr angeliefert. Allein-

erziehende Elternteile oder Eltern mit behinderten Kindern können aber kaum einer Arbeit nachgehen und eine Wohnung herbeizaubern. (Ein ausführlicher Bericht dazu befindet sich im erwähnten BULLETIN Nr. 4/2024.)

Wir wissen, dass wir nicht allen Menschen helfen können. Wir wissen aber ganz sicher, dass wir für sehr viele Menschen seit vielen Jahren einen Unterschied machen können. ■

Network ANTHROPIA

Network ANTHROPIA ist dringend auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Regelmässige Spenden oder Patenschaften sichern unsere mittelfristige Planung. Danke!

CHF Postfinance, Kt. 61-974295-5, IBAN CH64 0900 0000 6197 4295 5

EURO Postfinance, Kt. 91-414252-2, IBAN CH42 0900 0000 9141 4252 2

Freispruch für Flüchtlingshelfer*innen

Es war ein Urteil von grosser Bedeutung nach einem jahrelangen Prozess in Griechenland: Das Berufungsgericht auf der Insel Lesbos hat im Januar 2026 alle 24 Angeklagten im sogenannten Mardini-Prozess freigesprochen. Das Verfahren hatte international für Aufmerksamkeit gesorgt und die Debatte über die Kriminalisierung humanitärer Hilfe an Europas Aussengrenzen neu entfacht.

Die prominenteste Angeklagte war Sara Mardini, eine syrische Schwimmerin und Aktivistin, deren dramatische Fluchtgeschichte 2015 über die Türkei nach Lesbos verfilmt wurde. Mardini und ihre Schwester zogen das sinkende Boot, in dem sie flohen, stundenlang schwimmend an die Küste von Lesbos. Über die Balkanroute gelangten sie später nach Deutschland. 2016 kehrte Sara Mardini nach Lesbos zurück, um Geflüchteten zu helfen. 2018 wurde sie dort festgenommen und angeklagt. Ihr Engagement und der anschliessende Prozess machten sie international bekannt.

(Quelle: Deutsche Welle)

Wir sind alle so nett

Grünspecht – ein kritischer Vogel

24

In der Schweizer Politik kennt man sich, man ist per Du. Kritik wird selten laut. Und noch seltener ist es, die politisch verantwortlichen Personen zu benennen und diese dann zur Verantwortung zu ziehen. Ganz selten sind Rücktritte, die mit eigenen Fehlereingeständnissen einhergehen. Arbeitslosengelder, Militär oder Crans-Montana stehen für diese Haltung – es ist schlimm, aber eigentlich ist niemand schuld.

Fall Arbeitslosengelder: Das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO hat massive Probleme mit seiner IT. Arbeitslose Menschen warten Wochen auf die Auszahlung der ihnen zustehenden Gelder. Also Menschen, die

Institutionelle «Verantwortungslosigkeit»

Fall Militär: Achtungsstellung, Strammstehen – diese Körperhaltung gehört weltweit zum Militär. In der Schweiz kommt noch eine weitere Körperhaltung dazu, nämlich Aussetzen der Probleme. Da löst sich der Fixpreis für die neuen Kampfflieger in Luft auf, da heben Super-Drohnen mit einem Swiss-Finish nicht ab, da verzögert sich das Luftüberwachungssystem um Jahre, beim Ersatz des Führungssystems häufen sich Probleme. Beschaffungsspannen gehören zum militärischen Alltag, Flops in mehrstelliger Millionenhöhe gehören zum Alltag. Was nicht zum Alltag gehört, sind Topkader der Armee sowie Politiker*innen, die hinstehen: «Ich übernehme die Verantwortung.» Das Gegenteil ist der Fall – die Verantwortlichen für die Flops werden in Ehren verabschiedet oder gehen leise in den vorzeitigen Ruhestand. Zur «Verantwortungslosigkeit» gehören auch zwei weitere kostenintensive Strategien: Da werden Gutachten an Externe zuhauf in Auftrag gegeben und kaum ein anderes Departement beschäftigt so viele Angestellte für PR und Kommunikation wie die Armee. Es soll kein Schatten auf die Verantwortlichen fallen. Wir sind ja alle so nett.

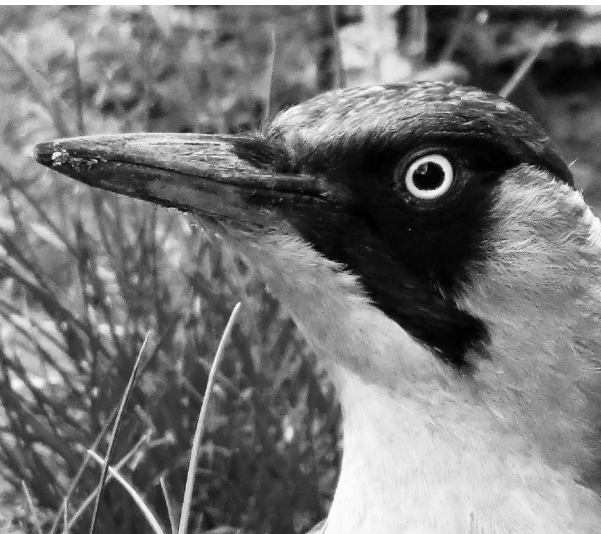
Fall Crans-Montana: Ein Strafverteidiger hat es in einem Leserbrief in der WoZ (22. Januar 2026) auf den Punkt gebracht, Systemversagen: «Die wichtigsten Systeme haben – mit Ausnahme der Rettungskräfte und der Spitäler – versagt und tun es weiterhin.» Die Liste des Versagens ist lang: Fehlende oder mangelhafte feuer-

polizeiliche Kontrollen der Gastrobetriebe, vom entflammaren Material der Deckenverkleidung bis zu den Ausgängen. Wegschauen der Verantwortlichen der Gemeinde. Lasche Oberaufsicht durch den Kanton. Das Verhalten der Staatsanwaltschaft wirft weitere Fragen auf: keine Beschlagnahme von Beweismitteln beim Betreiberpaar der Bar; sehr verspätete vorläufige Festnahme des Paares. Der Lausanner Strafrechtsprofessor Alain Macaluso machte in der Zuger Zeitung (8. Januar 2026) einen einfachen Vergleich: «Bei jedem Typen mit zwei Kugeln Kokain am Bahnhof beschlagnahmt man das Handy.» Und in Crans-Montana ging es nicht um ein paar Gramm Kokain, sondern um den Verdacht der fahrlässigen Tötung, der fahrlässigen Körperverletzung und weiterer Delikte.

Da passt es ins Bild, dass die Generalstaatsanwältin der gleichen Weinzunft angehört wie der Gemeindepräsident von Crans-Montana, übrigens beide in der FDP. Man kennt sich und ist verbandelt, nicht nur im Wallis, aber in diesem Tal vielleicht noch eine Spur intensiver. Wir sind ja alle so nett.

Dabei bräuchte die Schweiz etwas ganz Anderes: Keinen Filz, dafür schonungslose Offenheit, Transparenz, Fehlerkultur und Demut. ■

jeden Franken und Rappen zweimal umdrehen müssen, geraten in finanzielle Schwierigkeiten, mit Folgen für Familien und Kinder. Dabei wies die Eidgenössische Finanzkontrolle schon vor längerer Zeit auf Probleme hin. Ausser ein paar Floskeln des Bedauerns kommt vom SECO nichts, der zuständige Bundesrat Guy Parmelin ist völlig abgetaucht. Die Zugvögel, die jeweils im Herbst und Frühling bei mir Rast machen, schütteln nur ihr Gefieder. In jedem anderen Land wäre der zuständige Minister schon lange mit Rücktrittsforderungen konfrontiert. Irgendwann müssen ein paar IT-Techniker als Schuldige gehen – mehr nicht: Wir sind ja alle so nett.





Früher, in der Schule, gab es ein Thema im Fach Geschichte, das hiess «Völkerwanderung», als Lernende waren wir beeindruckt. Heute heisst das Thema «Migration», das Wort und somit auch das Thema ist negativ besetzt, keine Schüler*in ist mehr beeindruckt. ■

Nein zu neuen AKW. Protestbrief eingereicht. Bern, 10. März 2026: Das Bündnis «Nein zu neuen AKW» hat heute seinen Protestbrief mit 22 031 Unterschriften dem Ständerat überreicht. Zum fünfzehnten Jahrestag der Katastrophe von Fukushima am 11. März fordern die Unterzeichnenden den Ständerat auf, am bestehenden Verbot des Baus neuer AKW festzuhalten. Die Unterstützerinnen und Unterstützer auf der Bundesterrasse sandten dabei ein klares Zeichen ans Parlament: Nein zu neuen AKW! ■

Die Korporation Zug kämpft für den Parkplatz im Wald bei der Talstation der Zugerbergbahn. Sie zieht gegen eine Anordnung des kantonalen Amtes für Wald und Wild ins Feld, die sich auf einen klaren Entscheid des Bundesgerichts stützt. Motoren sind der Korporation offenbar wichtiger als Bäume. Wir erinnern die Autofreaks in der Korporation gerne an ihre eigenen Grundsätze auf ihrer Homepage: «Die Forstleute kümmern sich

um eine nachhaltige und naturnahe Bewirtschaftung der Wälder.» ■

Ich habe gerade die Petition «Rösti, es reicht! Finger weg von der SRG!» unterschrieben. Bei der Abstimmung setzte sich zwar das progressive Lager durch. Doch trotz des klaren Neins zur SRG-Halbierung drängt Medienminister Albert Rösti weiter auf einen Rechtskurs. Mit Albert Rösti ist jemand am Drücker, der die SRG auf ihren angeblichen «Kernauftrag» beschränken will. Er wird sich nicht freiwillig von seinem Weg abbringen lassen, wir müssen Widerstand leisten. ■

Die Zahlen zu den Waffenexporten 2025 wurden am 10. März veröffentlicht, es überrascht nicht, dass die Rüstungsunternehmen erneut stark von Kriegen und von weltweiter Aufrüstung profitiert haben. Während die Bürgerlichen das ganze Jahr über vor einem möglichen Zusammenbruch der Rüstungsindustrie gewarnt haben, erreichten die Rüstungsexporte im Jahr 2025 etwa 948 Millionen Franken und nähern sich damit dem Rekordwert von 2022. Dies ist ein weiterer Beweis dafür, dass die Rüstungslobby mit allen Waffen dafür kämpft, jede Regulierung des Verkaufs von Kriegsmaterial zu verhindern. Während die Waffenhändler einmal mehr gut verdienten, sind die Zeiten für diejenigen,

die sich für Frieden und die Achtung der Menschenrechte einsetzen, schwieriger geworden. ■

Der grösste Präsident aller Zeiten leidet an einer chronischen Venenschwäche. Ein probates Mittel ist das Tragen von Stützstrümpfen, die D.T. aber wieder abgelegt hat. Wir vermuten einen einfachen Grund: Die Strümpfe waren nicht aus Gold. Für die Schweizer Milliardäre schlagen wir als Mitbringsel beim nächsten Kniefall also goldene Stützstrümpfe und als Ergänzung einen goldenen Eisbären vor. ■

Alt Stadtpräsident Dolfi Müller beklagt in einer Kolumne auf «zentral+» die mangelnde Distanz der lokalen Medien gegenüber den Behörden. Er macht folgendes Beispiel: «Welche Rolle spielt der Kanton Zug in Putins Ukrainekrieg?» Nun, die Antwort findet sich seit Jahren im BULLETIN. ■

Die Chefredaktorin des «Tages-Anzeigers» kritisierte im Vorfeld der Wahlen die Zusammensetzung des Zürcher Stadtrates als einseitig und warb für «mehr Diversität». Wir warten im September auf den Leitartikel in der «Zuger Zeitung» für mehr Diversität in der Kantonsregierung.

Für einmal liegt das «Stille Gelände» nicht am Zürichsee, wie in Gerold Späths Roman, sondern

am Zugersee. Zum Kauf der Villa Unterer Frauenstein wurde von bürgerlicher Seite im Grossen Gemeinderat bemängelt, dass es in der Stadt Zug Wohnungen für den Mittelstand brauche und nicht Prestigebauten. Eine interessante Feststellung – das behalten wir gerne im Hinterkopf für weitere Diskussionen um bezahlbaren Wohnraum. ■

Zurück zur Schule: Was lernen Schüler*innen zum Thema Schweiz, Demokratie, Volksabstimmungen? Alles für die Katz! Eine Volksabstimmung könnte man sich sparen, solange Leute wie Bundesrat Rösti die Resultate nicht ernst nehmen? Sei das der AKW-Ausstieg, das Nein zum Ausbau der Autobahnen oder die Finanzierung der SRG. Ist das zur Schau getragene Arroganz? Wie erklärt man das den Schüler*innen? ■



26

Tatti – Paese di Sognatori

Montag, 13. April 2026

20 Uhr

Kino Gotthard

Tatti, ein pittoreskes Dorf in der Toskana, ist auf dem Weg zur Entvölkerung. Durch die Freundschaft der letzten Bauern mit Filmemacher Ruedi Gerber und weiteren Neuankömmlingen erfährt es eine überraschende Wiederbelebung. Ein wunderbares Portrait darüber, wie persönliches und gemeinsames Dranbleiben fruchten kann. Ein Film, der ein wohlig-warmes Gefühl vermittelt. Vielleicht, weil in vielen Menschen der implizite Wunsch nach funktionierender Gemeinschaft noch immer schlummert ...

Nach dem Film Gespräch mit Ruedi Gerber.

**Barbara Buser – Pionierin der Nachhaltigkeit**

Montag, 11. Mai 2026

19:30 Uhr

Kino Gotthard

Barbara Buser, mehrfach preisgekrönte Architektin und erste Fähr-Frau Basels, rettet Gebäude vor dem Abriss und baut sie ressourcenschonend um. Ehemalige Industrieareale werden zu urbanen Lebensräumen, die umweltverträglich sind und soziales Leben fördern. Das Gundeldinger Feld in Basel gilt als ihr Meisterstück. Ihre mit Eric Honegger gegründeten Firmen stehen für Kreislaufwirtschaft statt Verschwendung. Gabriele Schärer filmt eine Frau, die der jungen Generation als Vorbild dient und das Ansehen von Frauen in der Architektur gestärkt hat.

Nach dem Film Gespräch mit Barbara Buser.

**Ich sterbe. Kommst du?**

Montag, 8. Juni 2026

20 Uhr

Kino Gotthard

Nadine, eine junge Frau mit kurzem Haar, ist vom Krebs gezeichnet. Der Umzug von der Rostocker Plattenbausiedlung in das Hospiz Schloss Bernstorf fällt ihr schwer. Und doch entwickelt sich dort in ihrer letzten Lebensphase eine sanfte Wandlung. Der Film wirft einen ehrlichen Blick auf das Sterben, zeigt aber auch, dass im Hospiz nicht alles nur traurig und schwer ist. Familie, Freundschaft, Liebe und Sterben – das Leben geht bis zum letzten Moment und ist nicht in der Sterbephase schon vorbei. Jennifer Sabel erhielt für ihre Nadine den deutsche Schauspielpreis. Nach dem Film Gespräch mit Regisseur Benjamin Kramme.



1. April 2026

Monatsbar April**& Jahresversammlung**

18:30–21:30

Siehbachsaal

Chamerstrasse 33, Zug

6. Mai 2026

Monatsbar Mai

18:30–21:30

Siehbachsaal

Chamerstrasse 33, Zug

Tagesaktuelle Übersicht der Veranstaltungen finden Sie unter: gruene-zug.ch

Elke Mangelsdorff, FLIZ, FilmLiebhaberInnen Zug



Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
+41 79 519 81 91
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Alternative – die Grünen Baar

André Guntern
info@alternative-baar.ch

Alternative – die Grünen Cham

Anne Hänel und Frederic Moeri
mail@alternative-cham.ch

Grüne Hünenberg

Co-Präsidium: Rita Hofer und Alexia Renner
info@gruene-huenenberg.ch

Alternative – die Grünen Menzingen

Erwina Winiger
erwiniger@bluewin.ch

Forum Oberägeri

Philipp Röllin
roellin.ph@bluewin.ch

Grüne Risch-Rotkreuz

Co-Präsidium:
Konradin Franzini und Patricia Gasser
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

Grüne Steinhausen

6312 Steinhausen
steinhausen@gruene-zug.ch

Alternative – die Grünen Unterägeri

Beat Ryser
beatryser@yahoo.com

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-stadt.ch

Junge Alternative Zug

Linus Heim
Metallstrasse 5, 6300 Zug
junge@alternative-zug.ch

Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat

gruene-zug.ch

Grüne Partei Schweiz

gruene.ch



Facebook
fb.com/AlternativeZug



@AlternativeZG



Instagram
@alternativegruene



WhatsApp-Newsletter
Sende deinen Namen per
WhatsApp an 079 519 81 91



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autor*innen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen

BULLETIN Nr.1, März 2026
Erscheint viermal jährlich

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative –
die Grünen Kanton Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug

Redaktion:
Natalie Chiodi, Antonia
Durisch, Hansruedi Küttel,
Franz Lustenberger

Kontakt:
bulletin_redaktion@bluewin.ch

Korrektur:
Berty Zeiter

Fotos: Paula Gisler

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, dmg.ch

Gedruckt auf Refutura GSM,
100% Altpapier, Blauer
Engel, FSC-zertifiziert

Nutzaufgabe: 600 Ex.

Abonnement: Fr. 30.–
Kleinverdiener*innen: Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 55.–

Mitglieder der Jungen Grünen
erhalten das BULLETIN gratis

Mitgliederbeitrag Verein
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN
6304 Zug
CH94 0900 0000 6003 0584 6

Redaktionsschluss
Nr. 2/2026
Freitag, 12. Juni 2026

Erscheinungsdatum
Samstag, 3. Juli 2026

DAS BULLETIN
[gruene-zug.ch/publikationen/
bulletin](http://gruene-zug.ch/publikationen/bulletin)

P.P. 6300 ZUG Post CH AG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-zug.ch

